

Protokoll der 129. Sitzung des rbb-Rundfunkrates - öffentlich

Datum:	8. Dezember 2022
Ort:	Berlin
Beginn der Sitzung:	16:00 Uhr
Ende:	18:30 Uhr

Leitung: Ralf Roggenbuck

Protokoll: Silke Schütze

Teilnehmer:innen

Mitglieder des Rundfunkrates

Amsinck, Christian

Benn, Sören

Braß, Dr. Christoph

Bürgel, Oliver

Thie, Dörte (*abwesend*)

Eder, Jan Ulrich

Faber, Anja-Christin (*zugeschaltet*)

Geywitz, Harald

Goiny, Christian

Gonzalez Olivo, Diana

Hagemann, Prof. Martin (*abwesend*)

Härtel, Thomas

Halsch, Karin (*abwesend*)

Heise, Norman

Kapek, Antje

Kaune-Nüßlein, Alrun

Kiesow, Caroline (*abwesend*)

Koinzer, Marcus

Kremberg, Juliane (*abwesend*)

Lammel, Bernd
Loge, Stephan
Peter, Stefan Dominik (*abwesend*)
Pienkny, Dieter (*abwesend*)
Raynal-Ehrke, Dr. Torsten
Riedel, Katharina
Roggenbuck, Ralf
Senftleben, Ingo
Stohn, Erik
Veiel, Andres (zugeschaltet)

Mitglieder des Verwaltungsrates

Bakir, Suat (zugeschaltet)
Fehmer, Gundula (zugeschaltet)
Grygier, Dr. Bärbel
Jauer, Sabine (*abwesend*)
König, Dorette (*abwesend*)
Rennert, Prof. Martin (*abwesend*)
Weber, Markus

Vertreter des Personalrates

Oehmichen, Dr. Lutz
Thormählen, Dörte

Vertreter der Rechtsaufsicht

Eisenhauer, Dr. Marietta
Scheibel, Dr. Henrik

Geschäftsleitung:

Vernau, Dr. Katrin (zugeschaltet)
Augenstein, Christoph
Schulte-Kellinghaus, Dr. Jan (*abwesend*)

Biesinger, Dr. David

Deléglise, Sylvie (*abwesend*)

Skiba, Dr. Kerstin

Leitung der Intendanz

Anja Mellage (*abwesend*)

Gremiengeschäftsstelle

Othmerding, Petra

Birtün, Jasmin

Gäste

Kerkhoff, Claus (HA Finanzen)

Reinhard, Christoph (Freienvertretung)

T A G E S O R D N U N G

für die 129. Sitzung des rbb-Rundfunkrats am 8. Dezember 2022 in Berlin

Beginn: 16 Uhr

1. Regularien

2. Genehmigung des Protokolls der 128. Sitzung des Rundfunkrates am 10. November 2022

3. Bericht der Intendantin (Dr. Katrin Vernau)

4. Berichte der Interessenvertretungen

4.1. Bericht des Personalrates (Sabine Jauer)

4.2. Bericht der Freienvertretung (Dagmar Bednarek)

5. Berichte zum Wirtschaftsplan 2023 (Mailversand Wirtschaftsplan: am 18. November 2022)

5.1. Haushaltsrede der Intendantin (Dr. Katrin Vernau)

5.2. Präsentation Wirtschaftsplan 2023 (Sylvie Deléglise)

5.2.1. Sitzung des Verwaltungsrates mit dem Haushalts- und Finanzausschuss

1. Dezember 2022 (Dorette König)

Vorlage: Stellungnahme des Verwaltungsrates an die RR-Mitglieder

5.2.2. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

8. Dezember 2022 (Christian Amsinck)

5.2.3. Sitzung des Programmausschusses

24. November 2022 (Dieter Pienkny)

5.2.4. Feststellung/Beschlussfassung zu 5.2.1.; 5.2.2.; 5.2.3.

6. Verfahren Neuwahl einer rbb-Intendantin/eines Intendanten

- Bildung einer Findungs- und Wahlkommission

Beschlussfassung

7. Berichte aus der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK)

7.1. Sitzung der GVK

22./23. November 2022 in München (Anja-Christin Faber)

Kenntnisnahme

7.2. Sitzung des GVK-Telemedienausschusses (Viko)

12. Oktober 2022 (Prof. Martin Hagemann)

Kenntnisnahme

8. Berichte aus rbb-Gremiensitzungen

8.1. Sitzung des Verwaltungsrates gem. mit dem Haushalts- und Finanzausschuss

16. November / 1. Dezember 2022 (Dorette König)

Kenntnisnahme

8.2. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

8. Dezember 2022 (Christian Amsinck)

- **Arbeitsplan 2023** (Tischvorlage)

Beschlussfassung

8.3. Sitzung des Programmausschusses

24. November 2022 (Dieter Pienkny)

- **Arbeitsplan 2023**

Beschlussfassung

8.3.1. Programmbeschwerde rbb Inforadio 05.09.2022

Berichterstattung über die PK zum 3. Entlastungspaket

Beschlussfassung

8.3.2. Programmbeschwerde Abendschau 01.08.2022

Beitrag: Querdenker und Montagsspaziergänger proben den Aufstand

Beschlussfassung

8.3.3. Programmbeschwerde Kontraste 07.07.2022

Beitrag: Friedensbewegung

Beschlussfassung

9. Berichte aus den Programmbeiräten

9.1. Sitzung des ARD-Programmbeirates

12./13. Oktober 2022; 9./10. November 2022 (Katharina Riedel)

Kenntnisnahme

9.2. Sitzung Programmbeirat ARTE Deutschland GmbH

1./2. Dezember 2022 (Bernd Lammel)

Kenntnisnahme

9.3. Sitzung Programmbeirat ARTE G.E.I.E.

23. November 2022 (Juliane Kremberg)

Kenntnisnahme

10. Spots zur Sozialwahl

11. Verschiedenes

*** VORBEMERKUNG:**

Die Tagesordnungspunkte wurden in geänderter Reihenfolge aufgerufen.

Herr Roggenbuck begrüßt zur 129. Rundfunkratssitzung, der letzten des Jahres, die Intendantin Frau Dr. Vernau und die stellvertretende Rundfunkratsvorsitzende Frau Faber, die beide krankheitsbedingt zugeschalt werden.

Herr Roggenbuck begrüßt die Mitglieder des Rundfunkrates, die Mitglieder des Verwaltungsrates, die Geschäftsleitung, die Kolleginnen der Gremiengeschäftsstelle, die Vertretenden des Personalrats, der Freienvertretung, die Vertreter der Rechtsaufsicht und die Öffentlichkeit. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1.2. Personalangelegenheit - Zustimmung zur Abberufung der juristischen Direktorin

Herr Roggenbuck informiert über einen Antrag in einer Personalangelegenheit, der kurzfristig und mit besonderer Dringlichkeit auf der vorläufigen bereits verschickten Tagesordnung ergänzt werden müsse. Gemäß § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rundfunkrats müsse die Öffentlichkeit ohne Abstimmung vor der Behandlung des Tagesordnungspunktes ausgeschlossen werden. Einzelne Personalangelegenheiten seien nicht öffentlich.

Herr Roggenbuck bittet die Öffentlichkeit, den Raum zu verlassen.

NICHT ÖFFENTLICHER TEIL

Herr **Roggenbuck** stellt die Öffentlichkeit wieder her.

Herr Roggenbuck zieht anlässlich der letzten regelhaften Sitzung des für vier Jahre gewählten Rundfunkrates ein persönliches Resümee. Der amtierende Rundfunkrat sei seinen staatsvertraglich festgelegten Aufgaben nachgekommen. Es sei ihm vorzuwerfen, dass er anfangs zu sehr darauf vertraut habe, dass die Vorgaben von Abläufen, richtig gewesen seien. Er sehe nun die Aufgabe des amtierenden Rundfunkrats noch darin, Abläufe zu hinterfragen. Bei Wahlen von Intendantin/Intendanten oder von Direktorinnen/Direktoren solle man vor der Wahl Vertragslage und/oder die Vergütung der Stellen kennen. Es gelte, generell festzustellen, dass das vorhandene Regelwerk überarbeitungsbedürftig sei. Die

Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats gelte es zu hinterfragen. Es gebe weder Regelungen über die Eignung noch sei die Suche nach geeigneten Kandidaten geregelt.

Für den Rundfunkrat stelle er fest, dass nach Beginn der Krise aus seiner Sicht alles Notwendige getan worden sei, um dieser zu begegnen. Auch im Namen von Frau Faber bedanke er sich bei Frau von Kirchbach und Herrn Pienkny für ihren großen persönlichen Einsatz. Der Rundfunkrat habe schnellstmöglich die amtierende Intendantin abberufen und danach eine Interimsintendantin gefunden, Frau Dr. Vernau habe in kurzer Frist die Weichen des Hauses neu gestellt.

Gemeinsam mit Frau Faber habe er die Spitze des Rundfunkrats neu aufgestellt, grundsätzlich treffe man alle Entscheidungen nach dem Vier-Augen-Prinzip. Das verhindere Fehler und schränke die Macht des Vorsitzenden ein.

Derzeit stelle man die Gremiengeschäftsstelle (GGS) neu auf. Er bedankt sich bei den Mitarbeitenden der GGS, die seit Monaten im Ausnahmezustand arbeiteten. Abschließend appelliere er an die Parlamente, das arbeitsintensive Ehrenamt der Gremien, wie in Nordrhein-Westfalen beispielsweise, angemessen zu vergüten beziehungsweise mit Freistellungen zu versehen. Wolle man mehr Menschen unter 65 plus für diese Ämter interessieren, müsse umgedacht werden.

TOP 02 Genehmigung des Protokolls der 128. Sitzung des Rundfunkrates am 10. November 2022

Herr Roggenbuck bittet um die Abstimmung zur Genehmigung des Protokolls.

Der Rundfunkrat genehmigt das o.g. Protokoll in der vorliegenden Form bei zwei Enthaltungen.

TOP 03 Bericht der Intendantin - Dr. Katrin Vernau (Anlage 1)

Frau Dr. Vernau begrüßt die Teilnehmer:innen der Sitzung. Sie berichtet über den aktuellen Stand zu den sechs Bereichen 1. Aufklärung, 2. Verbesserung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, 3. Situation der Geschäftsleitung, 4. Kassensturz und strategische

Weichenstellung, 5. Digitales Medienhaus (DMH), 6. Zukunftsprozess im RBB. Sie kündigt einen Bericht von Herrn Kerkhoff zum Thema „Kassensturz“ an.

Herr Kerkhoff (HA Finanzen) stellt die aktuelle finanzielle Lage im rbb vor. Fakt sei, dass das Kostenniveau des rbb nicht im Verhältnis zum Ertragsniveau stehe und perspektivisch deutlich abgesenkt werden müsse.

In den kommenden zwei Jahren gelte es, 41 Millionen Euro einzusparen. Betreffs einer möglichen Reduktion des Personalaufwandes könnten beispielsweise vakant werdende Stellen durch Ruhestand nicht wiederbesetzt werden. Er berichtet, dass zum Thema Personaleinsparungen eine Taskforce im rbb eingerichtet worden sei. So bestehe, wie die Intendantin bereits thematisiert habe, die Verabredung im Haus, auf Führungskräfteebene diese Einsparziele für 2023 beziehungsweise 2024 durch entsprechende Maßnahmen zu füllen. (Anlage 2)

Herr Roggenbuck dankt Herrn Kerkhoff und eröffnet die Fragerunde.

Frau Kapek begrüßt die Entscheidung, das Projekt DMH zu stoppen, wünscht sich aber in diesem Zusammenhang im RR noch eine Aussprache. Man müsse die Erfordernisse und Bedürfnisse, die die Planung damals ausgelöst hätten, ggf. mit Umplanungen und Umbauten im Bestand auffangen. Auch eine Aussprache zum CNC sei erforderlich. Sie interpretiere die Ausführungen von Herrn Kerkhoff, dass man sich auch an anderen Stellen von kostenintensiven Prestigeprojekten verabschieden müsse. Sie sehe eine hohe Notwendigkeit in Bezug auf Einsparmaßnahmen im Programm und die daraus resultierenden Konsequenzen für freie Mitarbeitende. Bezüglich rbb-Berichterstattung anlässlich der Wiederholung der Wahlen verweise sie auf die damalige Verzerrung der Ergebnisse durch die Prognosen von Infratest hin, das ZDF mit der Forschungsgruppe Wahlen sei dem tatsächlichen Ergebnis nähergekommen. Eine zielführende Vorbereitung sei nötig, um ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen. Sie fragt kritisch nach, wie es unter der Verantwortung von Herrn Kerkhoff zu der aktuellen finanziellen Situation habe kommen können.

Herr Kerkhoff antwortet, dass er mit seinem Team seit 2017 die Geschäftsleitung auf die schwierige finanzielle Lage ab 2025 hingewiesen habe. Man habe sich nahezu jedes Jahr in

Einsparkklausuren mit der Geschäftsleitung intensiv mit der Kostensituation befasst und Spareinschnitte verabschiedet. Allerdings sei die Geschäftsleitung inkonsequent vorgegangen. Es wären innerhalb der Klausuren Einsparungen durch die Geschäftsleitung grundsätzlich entschieden worden, im Zuge der Konkretisierung der Planung für das Wirtschaftsplanjahr seien sie jedoch zum großen Teil wieder aufgehoben worden. Auf diese mangelnde Konsequenz der Umsetzung der Einsparungen habe er kontinuierlich die Geschäftsleitung hingewiesen, was auch in Präsentationen und Protokollen aus den GL-Sitzungen dokumentiert sei. Die Problematik sei, dass die zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel aus der Gewinnrücklage in Projekte mit dauerhafter Fortwirkung investiert wurden (z.B. Personal, Sendungen). Da er kein Mitglied der Geschäftsleitung sei, hätten sich seine Aktivitäten auf die Beraterrolle beschränken müssen. Er habe also keine Entscheidungsverantwortung, er habe keinen direkten Einfluss auf die finanzielle Steuerung des rbb ausüben können.

Frau Dr. Vernau betont, angesichts der schwierigen finanziellen Lage müssten strategisch-strukturelle Lösungen angedacht werden, die jedoch nicht Inhalt eines basisdemokratischen partizipativen Prozesses sein könnten, sondern originäre Aufgabe der Unternehmensleitung seien. Soweit möglich und ohnehin im Rahmen der gesetzlichen Mitbestimmung solle diese Weichenstellung partizipativ mit den Beschäftigtenvertretungen erfolgen. Neben der Arbeit mit den Führungskräften habe man auch mit den Beschäftigtenvertretungen von Dezember bis Mitte Februar einen regelmäßigen Termin, etwa alle drei Wochen, vereinbart, um diese über den Prozess zu informieren und ihren Input mitzunehmen. Sie verweise neben dem Prozess der strategischen Weichenstellung auf den Zukunftsprozess, wo die von den Beschäftigten priorisierten Themen „Führung“, „Partizipation“, „Umgang mit Freien“, „Situation der Freien“ partizipativ bearbeitet würden.

Herr Veiel fragt nach den Ergebnissen der Kanzlei LutzAbel, welche Punkte noch aufgearbeitet werden müssten, welchen zeitlichen Rahmen es bis zur Beendigung der Untersuchung gebe und worin Frau Dr. Vernau Alleinstellungsmerkmale für den rbb sehe. In ihrem Bericht fehle ihm der Bereich Kultur. Mit der Hauptstadt im Sendegebiet habe der Sender einen klaren Bonus. Die Kulturberichterstattung und die Verzahnung mit kulturellen

Ereignissen sei ein *selling point*. Er fragt, wo im Programmreich für 2023 rund 7,5 Millionen eingespart werden sollten.

Frau Dr. Vernau stellt richtig, dass die den Bereich Kultur tatsächlich als einen strategischen Schwerpunkt für den rbb benannt habe. Berlin sei der kulturelle Pulsgeber in Deutschland und sogar darüber hinaus. Sie habe aus ihrer noch nicht sehr tiefen Kenntnis des rbb "Kultur" und „Wissenschaft“ genannt, weil diese Bereiche für sie angesichts des Standorts auf der Hand lägen. Die besondere rbb-Kompetenz in diesen Bereichen gleichwohl müsse mit den Programmmachenden noch diskutiert werden. Sie stütze sich hinsichtlich einer Strategieentwicklung auf Fakten, insbesondere auf die Medienforschung. Es gehe darum, sich als rbb selbst einen Spiegel vor Augen zu halten und das Programm aus der Nutzerperspektive kritisch zu betrachten. Deswegen habe sie zur Auflage gemacht (bei den Diskussionen im Programm und auf der Klausur am 12. Dezember in Nauen), sich mit den Nutzerdaten zu beschäftigen. Wenn die Nutzer:innen nicht erreicht würden, verlöre der rbb seine Legitimation. Sie werden darauf achten, eine plausible, in sich stimmige und auch mit der Empirie im Einklang befindliche Strategie zu entwickeln. Sie stelle fest, dass die Datenlage den Online-Bereich betreffend noch sehr unzureichend sei und man mehr über das Nutzerverhalten verstehen müsse, bevor man substanziell Geld im Digitalen ausgeben könne.

Herr Veiel fragt nach der konkreten Vorgehensweise und wer am Ende entscheidungsberechtigt sei.

Frau Dr. Vernau weist auf den Kassensturz hin. Die „Rasenmäher-Methode“ sei eine erste Zielvorgabe für alle Bereiche. Danach müssten Fragen nach der Möglichkeit von Flexibilität in den jeweiligen Budgets bearbeitet werden, es gebe vertragliche Bindungen, Fixkosten und ähnliches. Die Direktionen und Abteilungen seien bereits in Beratungen, wie mit gekürzten Budgets gearbeitet werden könne. Die Abstimmung müsse direktionsübergreifend erfolgen. Es müsse eingeschätzt werden, welchen Beitrag jeder realistisch leisten könne. Man müsse sich im Januar noch einmal zusammensetzen. Da derzeit die Geschäftsleitung nur von Herrn Augenstein vertreten werde, werde sie sich selbst in die verschiedenen Themenbereiche einbringen.

Herr Veiel wiederholt die Bitte, Zwischenergebnisse aus diesem Prozess unmittelbar an den Rundfunkrat zu kommunizieren, damit ggf. noch kommentierend einzugreifen sei.

Frau Dr. Vernau bezweifelt angesichts der Tatsache, dass der amtierende Rundfunkrat heute seine letzte regelhafte Sitzung habe, eine prozessbegleitende Mitbestimmung durch die Gremien im Vorfeld der Erarbeitung bis Mitte Februar. Gleichwohl signalisiere sie die Bereitschaft, über eine mögliche Einarbeitung der Gremien mit den Vorsitzenden zu sprechen.

TOP 06 Verfahren Neuwahl einer rbb-Intendantin/eines Intendanten

Bildung einer Findungs- und Wahlkommission

Beschlussfassung

Herr Roggenbuck verliest die Beschlussvorlage: „Der Rundfunkrat beschließt die Bildung einer Findungs- und Wahlkommission, bestehend aus den Vorsitzenden des Rundfunkrates, seiner Ausschüsse, des Verwaltungsrates und eines Vertreters des Personalrats und der Freien Vertretung.“ Er erläutert die Zusammensetzung der Kommission vor dem Hintergrund des Wechsels zwischen altem und neuem Rundfunkrat und altem und neuem Verwaltungsrat, weswegen hier die Mitglieder der Kommission mit ihren Funktionen genannt seien. Es gehe jetzt vor allem darum, die Kommission einzusetzen, dann würde ausgeschrieben und der neue Rundfunkrat wäre dann berufen, aus den Bewerbungen zu wählen.

Herr Amsinck unterstützt den Vorschlag, es sei wichtig, hier etwas vorzubereiten, das an den neuen Rundfunkrat zu übergeben sei.

Frau Kapek kritisiert die Zusammensetzung der Kommission. Ihr erschließe sich nicht, warum die Vorsitzenden von Haushalt-, Finanzausschuss - und Programmausschuss in die Findungskommission berufen würden.

Herr Roggenbuck erklärt, er habe sich an einen Vorschlag des neuen rbb-Staatsvertrages gehalten, der im politischen Raum stehe. Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Beschluss wird mit 16 Stimmen bei zwei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen angenommen.

Herr Roggenbuck erläutert, dass der Verwaltungsrat vom Rundfunkrat in der Frage Bezahlung des/der zukünftigen Intendant:in eine Empfehlung erwarte. Er schlage eine informelle Abstimmung vor, bei der sich zwischen dem Bereich von rund 200.000 und 250.000 Euro Intendant:innen-Vergütung p.a. oder dem Bereich von 250.000 bis 300.000 Euro p.a. entschieden werden könne.

Der Rundfunkrat diskutiert den Vorschlag ablehnend. **Herr Roggenbuck** zieht seinen Vorschlag zurück.

TOP 05 Berichte zum Wirtschaftsplan 2023 (*Mailversand Wirtschaftsplan: am 18. November 2022*)

5.1. Haushaltsrede der Intendantin (Dr. Katrin Vernau)

Frau Dr. Vernau stellt auf einige wichtige Punkte des heute vorgelegten Wirtschaftsplans ab. Im Wirtschaftsplan habe man zunächst mit der Rasenmähermethode Sperrungen auf die so auf die einzelnen Budgetpositionen gelegt, dass der rbb in der laufenden Beitragsperiode nur die Gelder verausgabe, die ihm auch durch die KEF zugestanden würden. Im zweiten Schritt müsse man dann strategisch strukturell sparen. Deswegen stünde die strategische Weichenstellung an. Die habe man im Wirtschaftsplan aus Zeitmangel noch nicht anlegen können.

Natürlich erzeugten die bevorstehenden Einsparungen Ängste und Sorgen in der Belegschaft. Deswegen habe man im Zuge der Kommunikation des Kassensturzes direkt betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Festen und freien Mitarbeitenden habe man Unterstützung in ihrer Entwicklung signalisiert. Ebenso wolle man, trotz der schwierigen finanziellen Situation, aber gerade auch angesichts der Inflation, Tarifverhandlungen im von der KEF zugestandenen Finanzrahmen führen.

Man habe sich gegen eine Nullrunde entschlossen, die einen großen Einsparbeitrag geleistet hätte. Durch die aktuell hohe Inflation stünde allerdings eine reale Lohneinbuße ins Haus, wenn man die Tarife nicht entsprechend anpasse. Man habe nun in den Haushalten Personalsteigerungsraten enthalten, die auch die KEF dem rbb zugestehe (2,25% p.a.). Es sei

nicht nur aufgrund der erheblichen Inflation eine schwierige Zeit, sondern auch mit Blick auf die nächste Beitragsperiode. Denn es sei nicht gesichert, dass selbst bei einer Empfehlung der Beitragsanpassung durch die KEF, diese bereits zum 1.01.2025 auch tatsächlich erfolge. Der rbb müsse zusätzliche Fixkosten und Risiken vermeiden. Deswegen begrüße sie die Entscheidung des Verwaltungsrates gegen das Digitale Medienhaus (DMH). Das DMH hätte erhebliche Fixkosten zur Folge gehabt, es wären allein neun Millionen Euro p.a. für die Rückzahlung des Darlehens auf den rbb ab 2025 zugekommen. Selbst, wenn die KEF das Projekt in voller Höhe anerkannt hätte, wären beim Sender nicht 100 Prozent dieses anerkannten Finanzbedarfs gelandet, sondern nur der Anteil, den der rbb am Gesamtbeitragsaufkommen gemäß Beitragsschlüssel auch regulär erhielte (also rund 7%). Im Rahmen des Kassensturzes habe Herr Kerkhoff unterstrichen, dass der Personalbestand durch Stellen außerhalb des Stellenplans deutlich ausgedehnt worden sei. Das widerspreche im Grundsatz einer soliden Haushaltsführung und dem Prinzip von Haushaltsklarheit und -wahrheit, selbst wenn es sich bei diesen Stellen zum größeren Teil um befristete Arbeitsverhältnisse handele. Man müsse wieder zu einer soliden Haushaltsführung zurückkehren. Frau Dr. Vernau übergibt an Herrn Kerkhoff (HA Finanzen).

(Anlage 3)

5.2. Präsentation Wirtschaftsplan 2023

Herr Kerkhoff erläutert die Planungsgrundlagen. Eingepreist sei im Wirtschaftsplan die aktuelle Rundfunkbeitragsplanungsplan vom März dieses Jahres auf Basis von 18,36 Euro. Des Weiteren seien Nullrunden im Sach- und Programmaufwand unterstellt. Bereichsspezifische Zusatzbedarfe, die unabwendbar gewesen seien, seien eingepreist. Sowohl für den Personal- als auch für den Honoraraufwand sei eine Steigerungsrate von 2,25 Prozent berücksichtigt. Diese entspreche der von den KEF den Rundfunkanstalten zugewilligte Steigerungsrate für die laufende Beitragsperiode. Man habe in der Planung berücksichtigt, dass die Honorarnebenkosten gestiegen seien. Bislang habe man mit 33 % geplant, im Wirtschaftsplan 2023 seien nun 36 % eingepreist. Mit dieser Anpassung erfolge eine Berücksichtigung der Ist-Entwicklung dieser Kostenposition. Beschlossene Einsparungen aus den Führungsklausuren, wie im Zusammenhang mit dem Kassensturz bereits angesprochen, seien mit ihrer Fortwirkung aufwandsmindernd in diesem Wirtschaftsplan berücksichtigt. Auch die Einsparauflagen aus den ARD-Strukturprojekten schlugen in dem

Wirtschaftsplan mit einer Reduktion des Aufwandsvolumens mit 4,7 Millionen Euro zu Buche. Weiterhin sei als Planungsprämisse der Stopp des DMH berücksichtigt, der im Verwaltungsrat am 01.12.2022 bestätigt worden sei. Darüber hinaus sei der aktuelle Beitragsschlüssel mit 7,39 % sowie der Fernsehvertragsschlüssel mit 7,10 % berücksichtigt. Diese kämen zur Anwendung, weil der rbb auch die Gemeinschaftseinrichtungen der ARD mitzufinanzieren habe, der Kosten nach diesen beiden Schlüsseln auf die Landesrundfunkanstalten umgelegt werden.

Zum im Wirtschaftsplan eingestellten Erfolgsplan: Bei einem Ertragsvolumen von 538,8 Millionen Euro und einem Aufwandsvolumen von 563,4 liege das Ergebnis in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung (GUV) bei minus 24,7 Millionen Euro. Unter Berücksichtigung der Mittelsperren, die nun pauschal für den Wirtschaftsplan mit 12,6 Millionen Euro angesetzt seien, erwarte man einen Verlust von minus 12,1 Millionen Euro. Eliminiere man zusätzlich die durch Zinsänderungen steigenden Rückstellungen für die Altersversorgung von 27,5 Mio. Euro, lande man bei einem positiven operativen Ergebnis des rbb von 15,4 Mio. Euro.

Anschließend erläutert **Herr Kerkhoff** den Finanzplan und damit die Entwicklung der Liquidität, die maßgebliche Steuerungsgröße des rbb sei.

Unter Berücksichtigung der Mittelsperren aus dem Erfolgsplan von 12,6 Mio. Euro und einer weiteren Sperre im Finanzplan bei den Investitionen von 1,1 Millionen Euro sei 2023 mit einer Zunahme der Liquidität um 20,6 Mio. Euro auf einen positiven Finanzmittelbestand Ende 2023 von 47,2 Mio. Euro zu rechnen. Dies bedeute, dass der im Zuge der Kassensturz-Präsentation aufgezeigte Abbaupfad der Liquidität erstmalig in 2023 zu einem Aufbau führe. Allerdings unter der Prämisse, dass die im Wirtschaftsplan 2023 verhängten Sperren auch vollumfänglich mit Maßnahmen gefüllt werden könnten.

(Anlage 4)

5.2.1 Sitzung des Verwaltungsrates mit dem Haushalts- und Finanzausschuss

1. Dezember 2022 (Frau Dr. Grygier)

Vorlage: Stellungnahme des Verwaltungsrates an die RR-Mitglieder

Frau Dr. Grygier berichtet, man habe den zeitgemäß vorgelegten Wirtschaftsplan für 2023 und die geänderte mittelfristige Finanzplanung miteinander verhandelt. Die neunseitige ausführliche Stellungnahme sei dem Rundfunkrat zur Prüfung zugesandt worden. Die Beschlussempfehlung des Verwaltungsrats laute an dieser Stelle: „Wir bitten den Rundfunkrat, den Wirtschaftsplan 2023 und auch die mittelfristige Finanzplanung zu beschließen.“

Frau Grygier möchte die Einsparungen als „Kürzungen“ verstanden wissen.

5.2.2. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

8. Dezember 2022 (Christian Amsinck)

Herr Amsinck gibt für den Haushalts- und Finanzausschuss, auch auf der Basis der Berichterstattung von Herrn Kerkhoff, die Empfehlung, den Wirtschaftsplan 2023 in der vorliegenden Form zu genehmigen.

5.2.3. Sitzung des Programmausschusses

24. November 2022 (Anja-Christin Faber)

Für den Programmausschuss berichtet **Frau Faber**, dass man sich intensiv mit dem Wirtschaftsplan beschäftigt habe. Da es jedoch aus programmlicher Sicht noch unklar sei, wo Kürzungen notwendig seien und es keine detaillierten Informationen zu konkreten Kürzungen im Programm gegeben habe, sei es dem Programmausschuss nicht möglich gewesen, darüber abzustimmen.

Herr Roggenbuck eröffnet eine Fragerunde vor erneutem Vortrag der Beschlüsse.

Herr Goiny wiederholt seinen Vorschlag, die vertraulichen Vorlagen des Verwaltungsrats mit den Empfehlungen und Maßnahmen der vergangenen Monate nicht nur den Gremien, sondern auch im Sender und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Sie seien ein wichtiger Beleg, dass im rbb notwendige Konsequenzen aus den Vorgängen gezogen würden.

Frau Dr. Grygier stellt fest, dass der Verwaltungsrat dem Rundfunkrat auf dessen Bitte ein Positionspapier zur Änderung des Staatsvertrags aus der Sitzung vom 16. 11.2022 habe zukommen lassen. Darin würde man dem Rundfunkrat aus den Erfahrungen und Fehlern des Verwaltungsrat Empfehlungen zugänglich machen. Der Rundfunkrat habe neben den Vorbereitungen zu Findung und Wahl einer/s neuen Intendanten/in, zu gewährleisten, dass das Haus handlungsfähig bleibe. Der Verwaltungsrat empfehle konkrete Schritte. Eine ins Auge gefasst außerordentliche Sitzung am 20. Januar 2023 könnte das geeignete Forum zur weiteren Debatte sein.

Herr Goiny unterstreicht, dass aus der Arbeit der Wirtschaftsprüfer und der Anwaltskanzlei Verabredungen entwickelt wurden, die in der alltäglichen Arbeit des rbb bereits Beachtung fänden. Es gehe auch um die politischen Schlussfolgerungen für den Staatsvertrag. Er halte eine Zusammenfassung des Verwaltungsrats im Januar für zu spät, er habe, auf die Zusage von Frau König vertrauend, mit November, spätestens Dezember, gerechnet.

Frau Grygier verweist erneut auf das zugesandte Paper, in dem die kurzfristigen und mittelfristigen Aufgaben des Rundfunkrates 2023 aufgelistet seien und das eine gute Diskussionsgrundlage sei. Leider habe es zeitlich vorher keinen Spielraum gegeben.

Herr Roggenbuck schlägt vor, dass sich Herr Goiny und Frau König zur Klärung in Verbindung setzen.

Herr Stohn fragt nach dem Stand in Sachen „Studio Warschau“ nach. Die Zusammenarbeit mit Polen habe in Brandenburg Verfassungsrang.

Frau Dr. Vernau erklärt, die Situation sei noch nicht abschließend entschieden. Aber es seien jährlich rund zwei Millionen Euro, die die federführende Unterhaltung von Studio Warschau den rbb koste.

Dr. Biesinger sieht das journalistische Engagement des rbb in Warschau, das auf der besonderen Verbindung von Brandenburg und Polen beruhe, nicht in gefährdet. Im Vordergrund stehe die Strukturfrage, ob der rbb das Studio mit allen Kostenfaktoren

(Gebäude, Technik, lokales Personal) betreiben müsse. Die journalistische Repräsentanz sei mit dem WDR seit vielen Jahren geklärt.

Herr Koinzer ist die Nicht-Wieder-Besetzung von Stellen, die länger als drei Monate nicht besetzt sind, ein temporärer Besetzungstopp. Es möchte wissen, ob Planstellen, die nur teilweise besetzt seien, weiterhin für freie Mitarbeiter zum Ausgleich der programmlichen Verpflichtung verwendet werden dürften und wieviel Geld für Programm innerhalb des rbb-Sendegebiets ausgegeben werde.

Herr Kerkhoff verweist auf den Wirtschaftsplan, auf die Deckungsvermerke. Sei eine Planstelle mit weniger als 25 % im Plus, also über drei Monate geplant, aber nicht besetzt, könne man in der Regel über das geplante Geld verfügen, durch eine Umsetzung der Mittel in den Sachaufwand; beispielsweise, um eine Honorarkraft oder eine Dienstleistung zu beauftragen. Voraussetzung seien Stellenreste, die größer als 25% seien. Alles, was darunter liege, könne nicht umgesetzt werden. Diese Restriktion würde zwingen, sich den Einzelfall anzusehen. Es habe in der Vergangenheit schnell ein Automatismus bei solchen Umsetzungen geherrscht. Man wolle sich zukünftig genau anschauen, um das Einsparpotenzial schon im Haushaltsjahr 2023 zu steigern.

5.2.4. Feststellung/Beschlussfassung zu 5.2.1., 5.2.2.; 5.2.3.

Herr Roggenbuck schlägt vor, über den vorliegenden Wirtschaftsplan 2023 abzustimmen und bittet um Handzeichen.

Der Wirtschaftsplan 2023 wird mit 15 Zustimmungen und einer Enthaltung angenommen.

TOP 5.2. 3. Sitzung des Haushalts-und Finanzausschusses

8. Dezember 2022 (Christian Amsinck)

Arbeitsplan (Tischvorlage)

Beschlussfassung

Der Terminplan des Haushalts-und Finanzausschusses für das Jahr 2023 wird einstimmig angenommen.

TOP 8.2. Sitzung des Haushalts – und Finanzausschuss

8. Dezember 2022 (Christian Amsinck)

Arbeitsplan 2023 (Tischvorlage)

Beschlussfassung

Der Terminplan des Haushalts-und Finanzausschusses für das Jahr 2023 wird einstimmig angenommen.

8.3. Sitzung des Programmausschusses

24. November 2022 (Anja-Christin Faber)

-Arbeitsplan 2023

Beschlussfassung

Frau Faber berichtet von der Sitzung des Programmausschuss am 24. November in Berlin. Die Programmebeobachtung habe sich mit der Sendung „Kontraste“ beschäftigt. Herr Bürgel habe intensiv über seine positiven Eindrücke berichtet, insbesondere die Moderation und die gute journalistische Recherche betreffend.

Der Programmausschuss habe sich mit dem Wirtschaftsplan beschäftigt und sei über die aktuellen programmlichen Inhalte wie das Schwerpunktthema „WM in Katar“ informiert worden.

Herr Roggenbuck bittet um Abstimmung über den vorgelegten Arbeitsplan 2023.

Der Arbeitsplan wird einstimmig angenommen.

Frau Faber kritisiert, dass der Ton bei der Beantwortung der Programmbeschwerden oft zu streng sei. Die Beschwerdeführer müssten ernst genommen werden – ein adäquates Wording wäre ein Mittel dazu.

8.3.1. Programmbeschwerde rbb Inforadio 05.09. 2022

Berichterstattung über die PK zum 3. Entlastungspaket

Beschlussfassung

Der Programmausschuss ist der Meinung, der Beschwerdeführer verwechsle in seiner Darlegung die Formate „Nachricht“ und „Chronik“. Es sei nicht darum gegangen, die Pressekonferenz eins zu eins abzubilden. Vielmehr sei es um eine Zusammenfassung und Auswahl der Fakten gegangen. Ein Verstoß gegen die Sorgfaltspflicht sei nicht erkennbar. Die Beschwerde werde von der Intendanz zurecht mit dem Verweis auf Phoenix abgewiesen. Dort sei die Pressekonferenz vollständig übertragen worden. Der Programmausschuss sehe keine Verletzung der Programmgrundsätze und empfehle dem Rundfunkrat daher die Ablehnung dieser Programmbeschwerde.

Herr Roggenbuck bittet um Abstimmung. **Der Empfehlung des Programmausschusses wird mit 17 Stimmen einstimmig gefolgt.**

8.3.2. Programmbeschwerde Abendschau 01.08.2022

Beitrag: Querdenker und Montagsspaziergänger proben den Aufstand

Beschlussfassung.

rbb-Reporter Olaf Sundermeyer werde vom Beschwerdeführer für seine Reportage attackiert, er vermittele ein einseitiges Weltbild, die Objektivität sei verletzt. Er ziehe Demonstranten ins Kriminelle. **Frau Faber** verweist auf das Antwortschreiben der Intendanz, in dem aufgelistet sei, welcher Personenkreis die Demonstration vor Ort unterstützt habe, von Holocaust-Gegner über und Aktive der sogenannten Querdenker-Szene. Herr Sundermeyer habe dem Programmausschuss berichtet, dass er Repressalien befürchte. Der Programmausschuss nehme diese Anfeindungen mit großer Sorge entgegen und empfehle dem Rundfunkrat, diese Programmbeschwerde zurückzuweisen.

Herr Roggenbuck bittet um Abstimmung. **Der Empfehlung des Programmausschusses wird mit 17 Stimmen einstimmig gefolgt.**

8.3.3. Programmbeschwerde Kontraste 07.07. 2022

Beitrag: Friedensbewegung

Beschlussfassung

Diese Programmbeschwerde sei eine erneute Programmbeschwerde gegen die „Kontraste“-Sendung vom 7.7. 2022 (Berichterstattung über die Demonstration der Friedensbewegung in Ramstein). Man habe noch einmal intensiv und mit viel Zeit über die Programmbeschwerde diskutiert. Die Beschwerde komme von der sogenannten „Ständigen Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien“. Die Beschwerdeführerin sehe ein willkürliches Szenario, willkürlich ausgewählte Interviewpartner und auch einen propagandistischen Vorsatz der „Kontraste“-Redaktion. Im Antwortschreiben der rbb-Intendanz heiße es unter anderem, der Beitrag zeige exemplarisch, wie sich Verschwörungstheorien in Teilen der Bevölkerung verbreiteten. Verschiedenste zweifelhafte Aussagen von Demonstrationsteilnehmern seien in diesem Beitrag dokumentiert, u.a. die Behauptung, der Angriff Russlands auf die Ukraine sei Notwehr. Der Vorwurf, die Autoren selbst hätten agiert, werde seitens der Intendanz zurückgewiesen. Der Programmausschuss empfiehlt dem Rundfunkrat, diese Beschwerde zurückzuweisen.

Herr Loge ergänzt, man sei nicht einstimmig zu diesem Entschluss gekommen. Er habe sich damals enthalten, auch, wenn er sich heute dem Vorschlag des Gremiums anschließen werde. Zu kritisieren sei das Zustandekommen mancher Beiträge gewesen, obwohl er den Journalisten des Öffentlich-Rechtlichen alle Freiheiten einräume, gelte es doch zu überlegen, wann Undercover beginne und wo es aufhöre, wann Whistleblowing nötig sei und wann nicht.

Herr Roggenbuck bittet um Abstimmung. **Der Empfehlung des Programmausschusses wird mit 16 Stimmen gefolgt.**

TOP 3 (Fortsetzung) Aussprache zum Bericht der Intendantin

Herr Geywitz sieht neben den Themen „Glaubwürdigkeit nach innen und außen“ und „Führungskultur“ vor allem „Arbeitsklima“ als einen Schlüsselbereich, auf den man achten müsse, ggf. auch mit externer Unterstützung wie beispielsweise beim NDR.

Frau Dr. Vernau stimmt Herrn Geywitz zu. In welcher Form diese Themen, die für die Unternehmenskultur und Zusammenarbeit besonders relevant seien, bearbeitet würden, sei eine Entscheidung durch die „Themengruppen“ im Rahmen des Zukunftsprozesses. Der Prozess werde zwar moderiert, sei aber nicht vorgegeben. Es gebe eine interne Organisationsberatung mit einer gewissen Expertise als Unterstützung. Ihr sei persönlich wichtig, dass konkrete Maßnahmen erarbeitet würden und erkennbar sei, dass jede Einzelperson das Ganze zu einem Besseren wenden könne. Sie verweise auf die Berichte der später zu hörenden Beschäftigtenvertretungen, die ihre Perspektive dazu einbringen würden.

Herr Loge fragt, welche Ideen es für den Freitagabend in der Nachfolge von „Riverboat“ gebe.

Herr Dr. Biesinger antwortet, dass hier noch nichts entschieden sei, man stelle derzeit Gesamtüberlegungen zu den Programmänderungen für die Jahre 2023 und 2024 an und habe den Freitagabend im Blick.

Herr Stohn fragt nach einer rechtlichen Überprüfung des Themas „Freistellung“. Er habe der Presse entnommen, dass dort von SFB-Tarifverträgen als Grundlage gesprochen worden sei.

Frau Dr. Vernau bestätigt eine arbeitsrechtliche Prüfung der Fälle von Beschäftigten, die Ruhegelder bezögen, obwohl sie noch nicht im Ruhestand seien.

Herr Stohn fragt, wie man im Sender hinsichtlich der Wahlberichterstattung mit der Konstellation von rbb-Kollege Oliver Jarasch und dessen Ehefrau, der Kandidatin der Grünen, umgehen werde.

Herr Biesinger antwortet, da dieser Personalie im Wahlkampf eine besondere Bedeutung zukomme, habe man prophylaktisch zwei Konsequenzen gezogen: 1. Jarasch arbeite seit dem 17.11.2021, dem Tag nach der Gerichtsentscheidung, in Potsdam in der Chefredaktion. Er kümmere sich dort um ein Konzept für die Stärkung der regionalen Berichterstattung in Brandenburg. Erste Ergebnisse würden dazu Frühjahr 2023 erwartet. 2. Jarasch habe selbst entschieden, ab Weihnachten bis zur Wahl im Februar Urlaub zu nehmen.

Herr Goiny spricht 1. Qualität und Qualifikationen von Journalist:innen an, beides seien Voraussetzungen, um ein gutes journalistisches Angebot liefern zu können. Es gebe eine wachsenden Unzufriedenheit von Nutzer:innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, es gelte, eine politische Mitte zu adressieren. 2. Kulturberichterstattung als mögliche Kernkompetenz des rbb. Auch die ehrenamtliche Musikszene (Musikschularbeit, Jugend musiziert etc.) müsse verstärkt repräsentiert werden. Die Vielfalt des kulturellen Angebotes in der Region müsse sich deutlicher im Programm wiederfinden, es müsse dazu aber investiert werden, er sehe ein großes Defizit in der Programmarbeit des Senders.

Frau Dr. Vernau stimmt Herrn Goiny zu. 1. die Qualifikation des journalistischen Nachwuchses sei zentral, besonders vor dem Hintergrund des allgemeinen Fachkräftemangels (Journalist:innen). Man müsse sich der Suche nach diesen Fachkräften intensiv widmen, sie verweise in diesem Zusammenhang auf die Ausbildung an der ems, die man nach dem Ausstieg des Partners, in Eigenregie anbiete. Auch hier müsse geprüft werden, ob und wie Geld dort investiert würde. Man müsse den journalistischen Nachwuchs fördern. Zu 2. Die Kritik an der Kulturberichterstattung sei insofern nachvollziehbar, als auch sie der Auffassung sei, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich noch stärker mit der ganzen Vielfalt kulturellen Lebens befassen und vernetzen müsse.

Herr Biesinger ergänzt den Austausch mit drei Gedanken. 1. Es gebe auch in der nachwachsenden Generation hervorragende Journalist:innen im rbb, noch gelinge es, sie zu finden und zu binden. 2. RBB-Kultur denke erneut über eine Neupositionierung nach und werde die Ergebnisse dieses Nachdenkens im nächsten Jahr im Rundfunkrat präsentieren. Im Fokus stehe Kulturberichterstattung für jüngere Zielgruppen. 3. Sei anzumerken, dass der rbb im Bereich des Podcast mittlerweile führen in der ARD sei.

Frau Kapek informiert die Runde, dass Herr Biesinger ihre Skepsis hinsichtlich einer Wiederholung der Kritikpunkte bei der Wahlberichterstattung in einem Pausengespräch habe zerstreuen können. Sie prognostiziere dem linearen Fernsehen eine düstere Zukunft, diagnostiziere programmatischen Reformbedarfe beim Hörfunk, halte aber das Radio an sich für stabil.

Sie fragt nach der Zukunft des Mittagmagazins und fordert, dass der Rundfunkrat sich mit seiner Verantwortung hinsichtlich des Haushaltsfinanzplans und des Wirtschaftsplans stellen müsse.

Sie verweist auf ihre kritische Frage an Herrn Kerkhoff und kritisiert die Praxis der variablen Vergütung der Vergangenheit. Man müsse jetzt nach vorne sehen, aber je ehrlicher man mit der Frage umgehe, was schiefgelaufen sei, desto besser wäre es für alle Beteiligten. Das gelte auch für sie selbst, sie sei Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses. Sie wünsche sich eine kleine Runde unter der Überschrift „Fehlerkultur und was wir daraus lernen können“. Hinsichtlich der Personalie Jarasch betont sie, Oliver Jarasch sei für sie ein Vorbild der Emanzipation. Es sei jedoch ein Skandal sei, dass es sich hier wohl um eine Stellenbesetzung ohne Ausschreibung gehandelt habe, worüber sich keines der Rundfunkratsmitglieder aufgeregt habe.

Frau Dr. Vernau antwortet auf die Frage nach dem Mittagmagazin man müsse sicherstellen, dass wertvolle Ressourcen möglichst effektiv eingesetzt seien. Das müsse, wie in ihrem Bericht formuliert, kritisch aus der Nutzerperspektive geschehen werden. Sie hoffe, Mitte Februar konkreter werden zu können.

Herr Roggenbuck stimmt Frau Kapek in ihrer kritischen Selbsthinterfragung zu. und gibt Herrn Kerkhoff die Möglichkeit, auf Frau Kapeks Nachfrage zu reagieren.

Herr Kerkhoff erklärt, dass er die Idee, zu bauen, grundsätzlich gut gefunden habe, um räumliche Voraussetzungen für zukunftsweisendes, crossmediales Arbeiten zu schaffen. Ein Haus zu bauen und das 100% Prozent fremd finanzieren zu lassen, widerspreche nicht dem KEF-Verfahren. Es entspreche der Wahrheit, dass er für die Verfassung eines Konzeptpapiers zum DMH einen Bonus erhalten habe. Die Entscheidung, dieses Projekt zu stoppen, halte er für richtig. Man hätte die neun Millionen €, die für das Darlehen ab 2026 auf den Sender zugekommen wären, aus dem regulären Haushalt nehmen müssen. Seine Wahrnehmung sei gewesen, dass die Geschäftsleitung in Anbetracht dieser finanziellen Verpflichtung allerdings nicht bereit gewesen wäre, auf anderes zu verzichten. Deswegen habe er im Laufe der Zeit dieses per se gut angedachte Projekt zunehmend kritischer betrachtet.

Frau Kapek fragt nach einem Rahmen, im dem sich der Rundfunkrat der Frage stellen könne, wer am Ende Verantwortung trage für diese Fehlentscheidung.

Herr Roggenbuck verweist auf das ausstehende Gutachten der Anwälte, das eine Grundlage für eine intensivere Diskussion biete.

TOP 4. Berichte der Interessenvertretungen

4.1. Bericht des Personalrates (Herr Dr. Oehmichen)

Herr Dr. Oehmichen berichtet, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien über die verlorenen 18 Millionen Euro für die Planung des DMH entsetzt und wütend. Die Eigenfinanzierung der ehemaligen Leitung und die andererseits einzusparenden 41 Millionen Euro in den nächsten zwei Jahren seien schwer erträglich. Der Personalrat nehme seine Verpflichtung zum Betriebsfrieden sehr ernst und sei erleichtert, dass die Interessenvertretungen zukünftig in rbb-Entscheidungen besser eingebunden seien. Das Vorhaben, 41 Millionen Euro innerhalb von zwei Jahren zu sparen, löse Ängste aus. Man sei unsicher über die Beteiligung am Zukunftsprozess und frage sich, welche Zukunft gemeint sei.

Herr Loge hält diese Zustandsbeschreibung für stimmig, lobt aber beziehend auf den Bericht der Intendantin den Umgang mit und innerhalb der Belegschaft. Einen Kulturwechsel könne man nicht von heute auf morgen einläuten. Eine Beruhigung der Lage sei notwendig, um wieder Freiräume für Kreativität zu bieten.

Herr Dr. Öhmichen macht noch einmal deutlich, dass Kürzungen mit einem konkreten Plan unterfüttert sein müssten.

Herr Loge plädiert für Pragmatismus im Umgang mit der Vergangenheit. Auch die Mitglieder des Rundfunkrates hätten keinen Überblick gezeigt. Vor allem die älteren Kollegen in der Belegschaft benötigten jedoch jetzt auch mentale Unterstützung.

Frau Dr. Vernau stimmt Herrn Dr. Oehmichen zu, nur gemeinsam könne die Zukunft gelingen. Aber der Kassensturz hätte kommuniziert werden müssen, auch bereits ohne konkrete Maßnahmen aus ihm abzuleiten, da man die Belegschaft kontinuierlich informiert halten wolle. Man habe heute einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen wollen, der auf soliden Füßen stehe. Eine Vogel-Strauß-Politik machte das Problem in der nächsten Beitragsperiode noch größer, weil man dann Gelder, von denen die KEF ausgehe, dass der rbb sie habe, bereits verausgabt hätte.

4.2. Bericht der Freienvertretung (Herr Reinhard)

Herr Reinhard bedankt sich für die Einladung der Freienvertretung in den Rundfunkrat und in die Findungskommission. Er bestätigt den Stimmungsbericht von Herrn Dr. Oehmichen. Auch bei den Freien herrsche Angst. Die Beteiligung der Belegschaft beim Zukunftsprozess sehe er skeptischer als Herr Dr. Oehmichen. Er kritisiert die Tagung der Geschäftsleitung, der Hauptabteilungs- und Contentbox-Leitungen in Nauen, über die die Belegschaft lediglich unterrichtet worden sei. So ein Vorgehen entspreche nicht seinen Vorstellungen von Belegschaftsbeteiligung. Man begrüße den Zukunftsprozess, wünsche sich aber Teilhabe an der strategischen Weichenstellung.

Er schildert den Fall einer Kamerafrau, die auf eine Großbaustelle verunfallt sei, weil sie als Teil eines so genannten Reporterteams (Reporter:in plus Kamermann/frau) unterwegs war, d.h. ohne dritte Person zur Sicherung – gegen eine rbb-Richtlinie. Es sei billiger, eine Person wegzulassen. Es sei schwer erträglich für den Sender zu arbeiten, wenn man das Gefühl habe, es werde hier auf Kosten der Sicherheit gespart.

Die Zahl der Freien sei zum ersten Mal seit Existenz der Freienvertretung gesunken: Statt 1500, 1400. Die Freien seien älter und kränker geworden. Es kämen nicht genug junge Kollegen nach. Die Stimmung sei schlecht, Freie wanderten ab.

Frau Kapek formuliert Bedauern und Ohnmacht als Reaktion auf beide Berichte, meint aber, Frau Dr. Vernau sei dafür nicht die richtige Adressatin. Der Umstand, dass sie sich mit den avisierten Kürzungen unbeliebt mache, spreche für ihr Verantwortungsbewusstsein. Es ärgere sie, dass die Ursache für die bevorstehenden Maßnahmen nicht benannt werde. Es habe offensichtlich Fehlplanungen, Fehlentscheidungen gegeben und

Verantwortungslosigkeit geherrscht bei Menschen, die sich großzügig freigestellt hätten mit hohen Pensionen. Sie verurteile diese Ungerechtigkeit, für die man sich in Grund und Boden schämen sollte und halte es für eine Frage des Anstands, dass die damals Handelnden dem rbb entsprechende Vereinbarungen anbieten sollen. Der entstandene Schaden würde auf Jahre nachwirken und für viele Mitarbeitende, freie und feste, existenzielle Auswirkungen haben. Die von Frau Dr. Vernau prognostizierte harte Zeit könne man nur im Zusammenhalt durchstehen. Man müsse der Belegschaft Wertschätzung entgegenbringen und auch in diesem Gremium Raum für kontroverse Diskussion geben. Nur so ließen sich schadensbegrenzende Lösungen finden.

7. Berichte aus der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK)

7.1. Sitzung der GVK

22./23. November 2022 in München (Anja-Christin Faber)

Frau Faber berichtet von der Sitzung der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) am 22./23. November 2022 im Rahmen ARD-Sitzung in München, an der sie und Frau König teilgenommen hätten. Generell sei eine Reformierung der ARD, nicht nur die Reformnotwendigkeit, sondern auch der Reformwillen aller Anstalten diskutiert worden. Man habe über die Erarbeitung einer anstalts- und organübergreifendes Aufsichtsordnung debattiert, hierbei auch über die Auftragsvergabe für eine Prozessbegleitung bei der Erstellung eines Public Corporate Governance Kodex. Sehr relevant sei der Austausch über Aufstellung und personelle Ausstattung der Gremiengeschäftsstellen gewesen, die von Anstalt zu Anstalt sehr differierten. Einigkeit habe darüber geherrscht, dass viele Anstalten das Personal in den Gremienbüros aufstocken müssten. Auch für den rbb reichten die weniger als zwei Vollzeitstellen nicht aus, um Gremien fachlich und organisatorisch zu unterstützen. Ein Personalkonzept sei beim rbb in Arbeit, angesichts der finanziellen Situation sei es jedoch noch schwer, realistisch planen zu können. **Frau Faber** schließt ihren Bericht mit dem Appell, den nachfolgenden Gremienmitgliedern die Teilnahme an Zusammenkünften der GVK zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang wolle sie Herrn Roggenbuck's Einschätzung unterstützen, denn es müsse auch diskutiert werden, dass

Gremienarbeit für Berufstätige im Ehrenamt stattfinde. Es sei sinnvoll, Sitzungstermine vorzugsweise an Wochenenden zu platzieren.

Herr Roggenbuck unterstreicht Frau Fabers Stellungnahme zur personellen Aufstockung der Gremiengeschäftsstelle. Man sei mit Frau Dr. Vernau im Gespräch, die bereits ihre Bereitschaft signalisiert habe, die Gremien zu unterstützen.

Dieser TOP entfällt, aufgrund der Abwesenheit von Herrn Prof. Hagemann.

7.2. Sitzung des GVK-Telemedienausschusses (Viko)

12. Oktober 2022 (Prof. Martin Hagemann)

Kenntnisnahme

TOP 09 Berichte aus den Programmbeiräten

9.1. Sitzung des ARD-Programmbeirates

12./13. Oktober 2022; 9./10. November 2022 (Katharina Riedel)

Frau Riedel berichtet von der 664. Sitzung des ARD-Programmbeirats am 12./13.10. 2022 beim SR und der 665. Sitzung beim HR gemeinsam mit der VPK. In der 664. Sitzung sei es bei der Programmebeobachtung vor allem um Dokumentationen „Geschichte im Ersten“ gegangen, darunter die SWR-Dokumentation „Maginot-Linie“ und die rbb-Produktion „Königsberg“. Man habe einen analytischen Blick auf die rbb-Serie „Lauchhammer -Tod in der Lausitz“ geworfen, dabei das Krimi-Genre und die künstlerische Arbeit gewürdigt, während die Verortung des Geschehens in der Lausitz kritisch beurteilt worden sei.

Außerdem sei man über die Arbeit des ARD-Programmrates selbst in den Austausch gegangen. Es sei fraglich, ob das Neuner-Gremium (aus jeder LRA ein entsendetes Mitglied) auch in Zukunft den sich durch Beobachtung der Mediathek und der ARD-Flottenstrategie ausweitenden Aufgaben gewachsen sei. Dass der Programmbeirat beabsichtige, als stimmberechtigtes Mitglied an der GVK teilzunehmen, habe man in der 665.Sitzung als Thema verabschiedet. Es sei bereits in der GVK vorgetragen worden.

In der 665. Sitzung hätten Frau Strobl (Programmdirektorin ARD), Frau Burckhardt (Changemanagement, stellv. Programmdirektorin) und Herr Köhr (ARD Chefredakteur) die Präsentation zur Umsetzung der Programmreform vorgestellt. Themen der gemeinsamen Sitzung mit der VPK seien Dokumentationen, Reportagen, KIKA, Comedy und Talkshows gewesen. Die Programmbeobachtung habe sich unter anderem mit der Reportage „Russland, Putin und wir Ostdeutsche“ (rbb/NDR) mit Jessy Wellmer auseinandergesetzt, die das deutsch-russische Verhältnis fokussiere, das sich mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine fundamental verändert habe. Das sei ein besonderes Thema für Menschen, die – wie Jessy Wellmer – in der DDR aufgewachsen seien. **Frau Riedel** schließt mit dem Hinweis, die Protokolle der Sitzungen lägen in der Gremiengeschäftsstelle vor.

8.1. Sitzung des Verwaltungsrates gem. mit dem Haushalts- und Finanzausschuss

16. November / 1. Dezember 2022 (Frau Dr. Grygier)

Frau Dr. Grygier berichtet, der Verwaltungsrat habe in seiner Sitzung am 16.11.2022 den aktuellen Stand zur Anmeldung zum 24. KEF-Bericht reflektiert bekommen. Dabei sei es um die Möglichkeit des rbb gegangen, die Auflagen der KEF zu erfüllen. Weiterhin habe man dem Rundfunkrat ein Positionspapier zur Verfügung gestellt: Darin habe man sich ausführlich mit den Fehlern auch im Sinne des Verwaltungsrates befasst, mit Empfehlungen an den Rundfunkrat. Der Rundfunkrat wähle den Verwaltungsrat, man habe jetzt ein Anforderungsprofil erarbeitet, um den Rundfunkrat inhaltlich für die Wahl der neuen Verwaltungsratsmitglieder vorzubereiten. In der Sitzung am 1. Dezember 2022 habe man den Wirtschaftsplan 2023 und die mittelfristige Finanzplanung besprochen. Man werde eine Anzahl von Tagesordnungspunkten in die Sitzung am 14.12. 2023 mitnehmen und wie üblich später dem Rundfunkrat ein Protokoll zur Verfügung stellen. Auf Nachfrage von Herrn Roggenbuck teilt Frau Dr. Grygier mit, dass Herr Bakir und Herr Prof. Rennert erwögen, für den neuen Verwaltungsrat zu kandidieren. Frau Dr. Grygier richtet den Appell an den Rundfunkrat, Sorge dafür zu tragen, dass nach der Neukonstituierung des Rundfunkrates Stabilität herrsche.

9.2. Sitzung Programmbeirat ARTE Deutschland GmbH

1./2. Dezember 2022 (Bernd Lammel)

Kenntnisnahme

Herr Lammel berichtet, die rbb-ARTE Redaktion unter Leitung von Søren Schumann habe erneut einen positiven Eindruck hinterlassen. Die neue Redaktionsleiterin des arte-Journals, Carolin Ollivier, und Markus Nievelstein, Geschäftsführer von arte Deutschland, hätten den Beiratsmitgliedern einen Einblick die moderne, digitale, multimedial organisierte Arbeit des Senders gegeben. Aufschlussreich sei für ihn das Kennenlernen des national unterschiedlichen Nutzungsverhalten des arte Publikums gewesen. So schalte man in Frankreich den Fernseher später ein als in Deutschland, was Probleme in der linearen Programmplanung mit sich bringe. Arte produziere mittlerweile in sechs Sprachen, zu diesem Thema hätten sich die Kuratoren der mehrsprachigen Kanäle ausführlich dazu im Beirat geäußert. Früher habe arte Deutschland (1,2 %) immer hinter den linearen Zugriffszahlen aus Frankreich (rund 3 %) gelegen. Jedoch habe arte im non-linearen Bereich einen Sprung gemacht, mit 1,4 Milliarden Videoabrufen im letzten Jahr. Die ungeklärte Finanzierung von arte Frankreich beeinträchtige das Zusammenwirken der deutschsprachigen Sparte. Die Debatte darum werde befeuert vom derzeitigen Diskurs über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland, die Inflation, die zunehmend komplexer werdende Rechtsbeschaffung und die Herausforderungen durch die Ausspielung in sechs Sprachen. Bei der Programmbeobachtung sei der Beitrag „Traumhäuser in Kalifornien – Kultur und Pop“ auf gemischte Reaktion gestoßen. Er verweise auf seinen schriftlichen und bereits an das Gremium versendeten Bericht.

Dieser TOP entfällt, aufgrund der Abwesenheit von Frau Kremberg.

9.2 Sitzung Programmbeirat ARTE G.E.I.E.

23. November 2022 (Juliane Kremberg)

Kenntnisnahme

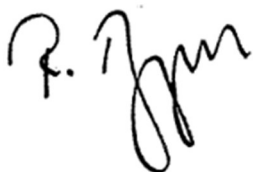
TOP 10 Spots zur Sozialwahl

Herr Roggenbuck fasst zusammen, dass zu diesem TOP bereits Informationen verschickt wurden. Eine etwaige Beschlussfassung sei aufgrund der nicht gegebenen Beschlussfähigkeit nicht möglich.

TOP 11. Verschiedenes

Herr Veiel informiert, dass er aus dem Rundfunkrat ausscheide, um einen Interessenkonflikt zu vermeiden. Er habe vor, einen Film zu inszenieren, an dem der rbb minoritär beteiligt sein könnte. Statt seiner werde nun die Akademie der Künste Frau Professor Kathrin Röggl entsenden.

Herr Roggenbuck schließt die Sitzung mit Dank an alle Gremiumsmitglieder.



Ralf Roggenbuck
Vorsitzender des Rundfunkrates

gez. Silke Schütze
Protokoll

Anlagen:

- Anlage 1 - Sachstandsbericht der Intendantin
- Anlage 2 – Kassensturz (Klaus Kerkhoff)
- Anlage 3 – Haushaltsrede (Dr. Katrin Vernau)
- Anlage 4 – Wirtschaftsplan (Klaus Kerkhoff)

RR - Sachstandsbericht der Intendantin 08. Dezember 2022/Stand:12:00 Uhr

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Roggenbuck, liebe Frau Faber, liebe Gremienmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,

in meinem heutigen Bericht wird es wieder einmal darum gehen, Ihnen über den aktuellen Stand zu unterschiedlichen Prozessen zu berichten, die wir in unserem Haus begonnen haben.

Wie auch im vorherigen Sachstandsbericht geht es dabei um sechs Bereiche, die ich aufgreifen und Ihnen darlegen werde.

Auf der inhaltlich-operativen Ebene geht es um:

1. **Aufklärung**
2. **Verbesserung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems**
3. **Geschäftsleitung**
4. **„Kassensturz“ - und strategische Weichenstellung**
5. **Das Digitale Medienhaus Haus (DMH) und**

auf der Ebene der Unternehmenskultur

6. **den Zukunftsprozess im rbb.**

Und am Ende noch einige Neuigkeiten aus dem Programm.

Zunächst zu 1. Aufklärung:

Die Untersuchungen der drei Parteien „Lutz und Abel“, der „Generalstaatsanwaltschaft“ und des Landesrechnungshofes gehen weiter. Wir liefern den untersuchenden Instanzen fleißig zu, können aber zu diesem Zeitpunkt leider noch keine Ergebnisse präsentieren. Wir bitten Sie diesbezüglich deshalb noch um Geduld.

Die Aufarbeitung der Geschehnisse im rbb wird um eine vierte Institution erweitert: neben Lutz/Abel, der Berliner Generalstaatsanwaltschaft und der beiden Landesrechnungshöfe Berlin und Brandenburg hat sich gestern ein Untersuchungsausschuss im Brandenburger Landtag konstituiert. Wir werden hier

selbstverständlich ebenfalls kooperativ sein und etwaigen Berichts- und Aussagepflichten nachkommen.

Die gestrige Einladung in den Brandenburger Hauptausschuss, musste ich leider aus gesundheitlichen Gründen kurzfristig absagen. Es soll einen Nachholtermin geben - womöglich noch vor Weihnachten.

Aufklärung und Verarbeitung aus dem eigenen Haus konnten wir gestern um 22:15 Uhr im rbb sehen. Mit der Reportage „**Senderstörung - Inside rbb**“ lieferten André Kartschall und Jörg Pependiek eine Nahaufnahme der vergangenen Monate.

Zu 2.: Verbesserung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems

Die ARD-Intendantinnen und -Intendanten haben auf ihrer Sitzung in München (22./23.11.2022) einheitliche Compliance-Standards in der ARD beschlossen.

Grundlage ist nun ein gemeinsamer [Leitfaden "ARD Compliance Standards"](#). Dieser formuliert einheitliche Mindestanforderungen, die auf Basis des IDW Prüfungsstandards 980 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland erarbeitet wurden, (sich ergänzend aber auch an anderen Standards wie z.B. ISO 37301 und Best-Practices in der ARD orientieren.) Zu den Mindestanforderungen, die die Sender erfüllen müssen, zählen etwa Führungsgrundsätze für Compliance, ein Verhaltenskodex und eine Compliance-Risikoanalyse.

Der Leitfaden soll auch den Tochtergesellschaften und den Gemeinschaftseinrichtungen als Grundlage dienen. Ungeachtet dessen entscheiden in den Tochtergesellschaften die zuständigen Organe über die konkrete Umsetzung selbst.

Aufgesetzt werden muss danach ein systematisch aufgebautes Compliance-Programm, das mit seinen Maßnahmen die drei Grundfunktionen Prävention, Aufdeckung von Fehlverhalten und die Reaktion hierauf abgedeckt.

Beim rbb sind dazu - Stand heute - wesentliche Elemente vorhanden. Nun gilt es, die einzelnen Bestandteile zusammenzuführen, zu ergänzen und zu systematisieren. Darum kümmert sich unsere Compliance-Beauftragte. Die Grundlage ihrer Arbeit wird die neue Dienstanweisung ‚Compliance‘ bilden, die wir in der kommenden Woche dem Verwaltungsrat vorstellen werden.

Zu 3.: aktueller Stand Geschäftsleitung

Erlauben Sie mir an dieser Stelle drei Sätze zur rbb-Geschäftsleitung zu sagen. Seit Beginn meiner Amtszeit am 15. September 2022, also seit nunmehr knapp drei Monaten im rbb, stehen drei Direktorenstellen zur Disposition:

Wie Sie wissen, wird das Arbeitsverhältnis mit Herrn Dr. Jan Schulte-Kellinghaus einvernehmlich aufgelöst. Er wird noch bis Ende Januar 2023 für den rbb tätig sein.

Der Rundfunkrat hat gerade gem. § 13 Abs. 3 Ziff. 2 rbb StV der Abberufung von Frau Susann Lange zugestimmt.

Bei Hagen Brandstätter sind wir weiterhin in Verhandlungen über eine vorzeitige Beendigung seines Vertrags. Über nähere Einzelheiten zu diesen Vorgängen und Verhandlungen können wir uns - auch - aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes derzeit nicht äußern.

Zu 4.: „Kassensturz“ - und strategische Weichenstellung

Das Ergebnis unseres Kassensturzes zeigt deutlich, was die Beschäftigten ohnehin schon an vielen Stellen gespürt haben: das Tischtuch ist überall zu kurz.

Und: die mittelfristige finanzielle Perspektive mit Blick auf die neue Beitragsperiode ist nicht rosig.

Insofern ist es unabdingbar notwendig, dass wir **jetzt** umsteuern. Wir werden 41 Mio. EUR in den kommenden Jahren 2023 und 2024 aus der Planung herausnehmen, um zumindest mal die KEF-Forderung zu

erfüllen und mit einer kleinen Rücklage in die neue Beitragsperiode zu starten.

Um jetzt nicht einfach das Tischtuch überall ein wenig weiter zu kürzen, sondern strategisch-intelligent vorzugehen, habe ich gemeinsam mit unseren Führungskräften einen Prozess zur strategischen Weichenstellung gestartet.

Es geht dabei darum, den rbb aus der Sicht unserer Nutzerinnen und Nutzer so umzustrukturieren, dass wir nicht weniger, sondern mehr Menschen erreichen - indem wir zwar weniger, aber dafür relevanteres Programm machen.

Und was genau heißt das?

420 Minuten pro Tag nutzen Menschen Medien.

Die Zahl stieg in der Vergangenheit. Kontinuierlich.

Und wenn wir relevant bleiben wollen - beim Publikum, dann geht es genau darum:

Wir müssen

so viele Minuten wie möglich am Tag

mit unseren Inhalten bei unseren Nutzern sein.

Das ist ein Perspektivwechsel - es geht nicht um eine Fernsehquote oder um eine Hörfunkmedienanalyse - sondern es geht darum, wenn wir relevant bleiben wollen, einen relevanten Anteil an der Mediennutzung unserer Beitragszahler zu haben.

Deshalb sind wir kein TV- oder Hörfunkunternehmen,

- sondern ein **Medienunternehmen,**

das öffentlich-rechtliche, relevante, Inhalte produziert.

Damit sind wir bei der zentralen Frage, der allerwichtigsten für unsere Zukunft:

Wie erreichen wir **alle** unsere Beitragszahlerinnen und Beitragszahler mit unseren Programmangeboten?

Wie stellen wir sicher, dass wir

Jung wie alt

Brandenburgerinnen wie Berlinern,
Landbewohnern wie Städterinnen,
Konservativen wie Progressiven
Menschen aus unterschiedlichsten
Gesellschaftsschichten

Dass wir **allen** jeden Tag etwas **für sie** Wertvolles anbieten?

Darum geht es - das ist die **Grundlage unserer Existenz.**

Die Basis unserer Legitimation.

Und: die Voraussetzung für unsere langfristige Finanzierung.

Und genau in dieser Frage sind wir auf einer schiefen Ebene.
Weil sich das Mediennutzungsverhalten so dramatisch ändert.

Schon heute erfolgt in der Gesamtbevölkerung ein Viertel der
Audionutzung und ein Drittel der Bewegtbildnutzung nicht-linear.

Bei den unter 30-Jährigen schauen bereits 80% Video nur nicht-linear!

Und, die meisten von Ihnen kennen diese Zahl:

Es wird prognostiziert, dass ab 2030 mehr als die Hälfte aller
Beitragszahler Medien nicht mehr linear nutzen (- wobei natürlich im
Umkehrschluss zu erwarten ist, dass die andere Hälfte weiter linear
unterwegs ist.)

Dennoch, auf die ständig wachsende Entwicklung zum Digitalen

brauchen wir eine gute programmliche Antwort!

Eine Antwort, die sich innerhalb des finanziellen Rahmens bewegt, der
uns zur Verfügung steht.

Was also tun?

Wir müssen uns bei allem, was wir anbieten, überlegen:

Erreichen wir das Publikum, das wir erreichen **wollen?**

Welchen Nutzern wollen wir ein Angebot machen?

Wen erreichen wir **nicht**, und **wie** können wir das ändern?

Konkret also:

Sollen wir beim rbb weiterhin 70% unseres Etats investieren, um damit 40 % der Bevölkerung zu erreichen:
und zwar diejenigen über 55 Jahre?

Oder müssten unsere Ressourcen nicht in etwa auch so verteilt sein, wie unsere Publikumszielgruppen sich zusammensetzen?

Und: Ist es sinnvoll, das lineare Fernsehprogramm „zu verjüngen“ obschon wir wissen, dass die Jüngeren gar kein lineares Fernsehen mehr anschauen - heute schon nicht, und wenn sie selbst erst mal 55 Jahre sind, dann auch nicht plötzlich. Weil sie andere Gewohnheiten haben.

Ist es sinnvoll,

7 Tage die Woche 24 h ein eigenes Drittes TV-Programm mit einem Marktanteil von 5,5% zu produzieren,
Wenn die meisten zwischen 18 und 20 Uhr einschalten, um regionale Berichterstattung zu sehen?

Genau über diese Fragen müssen wir nun diskutieren! Im Haus, mit den Nutzerinnen und Nutzern und mit Ihnen.

Wir müssen uns darum kümmern!

1. Wir müssen unsere Nutzer und Nutzerinnen noch **besser verstehen**.
- auch um neue zu gewinnen. Wir müssen verstehen, wann sie welche Inhalte auf welchen Geräten nutzen.
2. Wir müssen es schaffen, unsere Angebote **dort** zu platzieren, wo die Nutzer sind.
3. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Nutzer uns **kennen und finden**.
4. Wir müssen für alle Nutzer **relevante, attraktive** Formate und Inhalte anbieten.

Das klingt so einfach und selbstverständlich - aber da sind wir noch nicht.

Und dann gibt es noch eine zweite Perspektive neben der individuellen Nutzerperspektive. Die Perspektive, die mit unserer Geschichte und Bedeutung als öffentlich-rechtlicher Sender zusammenhängt. Auch sie müssen wir auf unser Programm blickend einnehmen: nämlich die des **gesellschaftlichen Nutzens**.

Das Besondere des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist es nämlich, dass wir nicht nur für individuelle Nutzer da sind, sondern für die Gesellschaft insgesamt - das ist unser Public Value - und die Legitimation dafür, dass alle beim Beitrag zur Kasse gebeten werden, selbst, wenn sie unsere Angebote nicht nutzen wollen.

Hier gilt aber genau dasselbe Prinzip: Wir müssen fragen:

- Wie können wir uns weiter in den Dienst der Gesellschaft stellen?
- Was können wir beitragen zu den großen Fragen, die unsere Gesellschaft zu beantworten hat?

Und diese großen Fragen, wie Bildung, Klimawandel, Wissenschaftlicher Fortschritt, Pandemiebekämpfung - sie lassen sich nur beantworten in Kooperation mit den unterschiedlichen **gesellschaftlichen Akteuren**, Akteuren, von denen der öffentlich-rechtliche Rundfunk nur einer ist. Deswegen ist es wichtig,

dass wir uns stärker als bisher öffnen für Kooperationen

- mit Kultur- und Medieneinrichtungen, Bildungseinrichtungen oder mit der Wissenschaft -

um gemeinsam einen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten.

- zum gesellschaftlichen Zusammenhalt,
- zur Förderung und dem Verständnis von Bildung, Kultur, Wissenschaft
- zur Unterstützung von politischer Meinungsbildung unserer Bürger durch politische Berichterstattung und Information über politisch relevante Themen

Es ist richtig, dass wir uns mit einer Sache, über die wir berichten, nicht gemein machen dürfen.

Da dürfen Sie mich jetzt nicht falsch verstehen.

Unsere Unabhängigkeit ist unser höchstes Gut.

Aber es ist eben auch richtig, dass wir mitten in der Gesellschaft sind, ein Teil von ihr - und dass wir eine gesellschaftliche Verantwortung haben!

Ich möchte kurz ein Beispiel vorstellen, mit dem der rbb diesen Weg bereits ein Stück weit geht. Im Februar 2023 wird das Multimediaprojekt „Galerie der unbekanntesten Sammler*innen“ vorgestellt. Gemeinsam mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, unseren Kulturredaktionen und denen des Bayerischen Rundfunks sowie den Bayerischen Staatsgemälde-Sammlungen, schaffen wir einen digitalen Erinnerungsraum für Menschen jüdischen Glaubens, deren Kunstsammlungen vor dem Dritten Reich die deutsche Kulturlandschaft bereichert haben. Unter den Nationalsozialisten sind ihre Besitztümer in alle Welt verstreut, sie selbst häufig umgebracht worden. Unterstützt wird dieses Projekt von der Kulturstatsministerin und vom Zentralrat der Juden in Deutschland. Eine in meinen Augen beispielhafte Kooperation.

Zusammengefasst:

Individueller und gesellschaftlicher Nutzen - das muss, das wird, weiter der Maßstab sein, nachdem wir unser Programm gestalten.

Das Gesagte gilt gleichermaßen für **alle** öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Was aber ist das Besondere der Landesrundfunkanstalt **rbb**?

Was ist unser eigenes, unverwechselbares rbb-Profil?

Der rbb ist der Sender von Brandenburg und Berlin für die Menschen in dieser Region.

Wenn wir für sie alle gefühlt **„ein Stück Heimat“** sind, muss uns nicht bange sein um unsere Legitimation.

Weil wir dicht an den Menschen sind mit unserem Programm.
 Sie **informieren und bilden** zu regionalen Themen -
 aber auch weil wir sie **unterhalten**
und das kulturelle Leben in all seiner Vielfalt
 von **Cottbus bis in die Prignitz**, von **Frankfurt/ Oder** bis Berlin
 in unserem Programm abbilden.

Aber das ist nicht alles: der **rbb ist auch Teil der ARD**.
 Gerade in letzter Zeit wurde häufiger die Frage in den Raum gestellt, ob
 wir weiterhin zwei öffentlich-rechtliche Mediensysteme wie ARD **UND**
 ZDF brauchen und erhalten sollten.

Nicht nur als ARD-Frau,
 sondern aus meinem Selbstverständnis als Bundesbürgerin eines
 föderalen Staates sage ich: **Was doch in keinem Fall verloren gehen**
darf,

ist die föderale Zusammensetzung unseres öffentlich-rechtlichen
 Programms - und genau das ist es, was die ARD ausmacht!

Erst sie sichert die Vielfalt unseres Programms

Und - zur Vielfalt gehört:

Die Abbildung der **verschiedenen Lebenswirklichkeiten**
 und Sichtweisen im Programm,

die **geballete Kreativität** aus allen Regionen Deutschlands
 und **unterschiedlichen Stärken** jeder einzelnen Sendeanstalt.

Für uns als rbb bedeutet das:

Wir sollten uns in unserer Rolle in der ARD auf das konzentrieren, was
 wir besonders gut beitragen können - was uns auszeichnet,
was zu unserem Profil passt.

Also alles, was **mit Brandenburg und Berlin zu tun hat** -

und zwar in allen denkbaren Formaten:

Nachrichten, Reportage, Feature, Doku, Fiktion...

Und darüber hinaus?

Ich finde, dass die ARD angesichts knapper werdender Ressourcen
 stärker **arbeitsteilig** vorgehen müsste.

Damit meine ich, dass wir **besser** sind, wenn wir unsere Kräfte zu bestimmten Themenbereichen **bündeln**.

- schließlich geht es nicht darum, möglichst **viele** Inhalte (zum Beispiel zum Klimawandel oder zu Wirtschaftsthemen) zu produzieren, sondern möglichst **relevante**, gut recherchierte und vor allem: möglichst **wenig (oberflächliche) Dubletten**.

Gerade wenn die Nutzung stärker über die Mediatheken läuft, dann werden Doppelungen **sichtbar** - in allen Genres und Formaten. Solche Doppelungen bieten keinerlei Mehrwert für unser Publikum.

Wir müssen uns also als rbb

- genau wie die anderen Landesrundfunkanstalten auch - meiner Meinung nach besser positionieren - unsere Stärken klarer herausarbeiten. Sie liegen sicher im Bereich der

Kultur, weil wir mit Berlin eben die Hauptstadt und (sicher) einen kulturellen Pulsgeber unseres Landes im Sendegebiet haben

Anbieten als besonderes Kompetenzgebiet innerhalb der ARD würde sich aber auch die

Wissenschaftsberichterstattung - weil wir mit Berlin und Potsdam einen der wichtigsten Wissenschaftsstandorte des Landes vor der Türe haben.

Das wären Bereiche, die wir selbstbewusst ausbauen und stärken könnten, hier können wir uns gegenüber den anderen LRAs positiv hervorheben. Über diese und weitere Themenfelder werden wir uns differenziert zunächst intern und dann gerne auch mit Ihnen auseinandersetzen.

Noch habe ich keine Antworten auf alle diese Fragen, aber wir müssen sie beantworten und daher werden wir diese zunächst intern und dann aber auch mit Ihnen diskutieren!

Für mich wäre der **Maßstab** dabei:

Wir sollten alles, was wir tun, daraufhin überprüfen,

1. ob es ein bei unseren Nutzern und Nutzerinnen erfolgreiches Angebot ist
2. ob es so von Nutzen für die Gesellschaft als Ganzes ist(, dass wir damit Fürsprecher für uns gewinnen können)
3. ob es zu unserem rbb-Profil passt,
 - d.h. etwas mit Brandenburg oder Berlin zu tun hat,
 - oder aber auf unserer besonderen rbb-Kompetenz innerhalb der ARD basiert

Ich kann Ihnen zudem berichten, dass der Diskurs innerhalb der ARD in eine ähnliche Richtung geht.

Allerdings wird es - wie nicht weiter verwunderlich im föderalen ARD-Konzert - noch eine Weile dauern, bis hier konkrete Weichenstellungen einvernehmlich vorgenommen werden können. **Nur:** wir im rbb haben - nicht zuletzt auf Grund unseres finanziellen Handlungsdrucks - nicht die Zeit zu warten.

Das sehe ich als eine große Chance für den rbb: wenn wir klar wissen, was **unsere Rolle in der ARD** ist und wie wir unser **Profil schärfen**, dann können wir uns besser durch die zahlreichen Arbeitsgruppen mit den anderen Anstalten navigieren und zu einem Zeitpunkt verhandeln, wo die finanziellen Spielräume bei allen noch nicht so eng sind, wie es bei uns der Fall ist.

Den notwendigen Einsparungen liegen strukturelle Veränderungen in allen Bereichen zu Grunde, bei denen das Programm - linear wie non-linear - der Taktgeber ist.

Vier Themenbereiche werden unsere Überlegungen strukturieren - die schon sehr bald gemeinsame Schnittmengen aufweisen werden

- **Programm**
- **Personal**
- **IT-Infrastruktur/ Verbreitung**
- **Investitionen Gebäude**

Wir planen bis Mitte Februar so weit zu sein, dass wir eine Weichenstellung in allen vier Themenbereichen vornehmen können. Daran arbeiten die Führungskräfte des rbb und ich gemeinsam mit Hochdruck.

Selbstverständlich unterrichten wir die Interessenvertretungen über unseren Prozess und holen ihre Sichtweisen mit ein.

Zu 5.: Das Digitale Medienhaus Haus (DMH)

Wir haben Sie am 1. Dezember 2022 - unmittelbar nach der Entscheidung des Verwaltungsrates - darüber informiert, dass die Planungen für den Bau eines "Digitalen Medienhauses" am Standort Berlin endgültig gestoppt sind.

Der Verwaltungsrat stimmte der sofortigen Beendigung des Bauprojektes zu - plant allerdings auch in seiner Sitzung am 14.12. nochmals eine detailliertere Befassung zu seinen zahlreichen Fragen zu einzelnen Aspekten, die jedoch an nichts an der Entscheidung im Grundsatz ändern werden.

Die mit dem Bauprojekt verbundenen Zielsetzungen stehen in keinem Verhältnis zu den deutlich gestiegenen Gesamtkosten und Risiken des Projekts. Zudem haben sich durch veränderte Arbeitsmodelle und technologische Weiterentwicklungen neue Erkenntnisse ergeben, die sich auf die Flächenbedarfe im rbb auswirken.

Auch die fehlende Akzeptanz in der Belegschaft des rbb war ein gewichtiges Argument. Unsere Gebäude sind ja kein Selbstzweck, sondern sollen unsere Arbeit bestmöglich unterstützen. Insofern brauchen wir weniger eine repräsentative, überdimensionierte Zentrale in Berlin, sondern wir wollen lieber näher an den Menschen in unserem Sendegebiet sein: von hier, für hier!

Das Medienhaus wäre mit seinen Kosten und Risiken zu einem echten Klotz am Bein geworden: Bei der nun erstmals vorgenommenen und im Verwaltungsrat präsentierten Vollkostenbetrachtung summierten sich die zu erwartenden Kosten auf insgesamt **311 Mio. €**.

In dieser Summe enthalten sind neben den Planungs-, Beratungs- und Baukosten die Kosten für bauvorbereitende Maßnahmen und für die Kreditaufnahme. Dazu zählen die Umzüge aus dem Baufeld, die Bereitstellung und Anmietung von Ausweichquartieren sowie die zusätzlichen internen Personalkosten und die Kosten für die Finanzierung.

Der rbb wird nach dem Stopp des Projekts "Digitales Medienhaus" am Ende (inklusive der Abwicklungskosten) **rund 32 Mio. € in** Planungen, Vorbereitungen am Baufeld und Projektarbeit für das Vorhaben investiert haben.

Rund **14 Mio. €** davon sind nachhaltig investiert, beispielsweise in das Fernsehzentrum an der Masurenallee oder das große Fernsehstudio A am Kaiserdamm, die übrigen **18 Mio. €** sind als Verlust abzuschreiben. In unseren bereits reduzierten Planungen sind die Verluste beim DMH weitgehend eingerechnet, sodass wir keine zusätzliche Sparrunde erwarten.

Es ist aber möglich, dass wir für 2023 **noch einen niedrigen einstelligen Millionenbetrag in der Finanzplanung** berücksichtigen müssen.

Wir ziehen die Notbremse spät, aber nicht zu spät, und beenden das Projekt im Sinne des rbb und der Beitragszahlenden.

Die Entscheidung hat weder mit der Arbeit des Architekturbüros noch mit den Projektpartnern noch mit den vielfältig an dem Projekt beteiligten Mitarbeitenden im Haus zu tun. Bestimmte Ergebnisse ihrer Arbeit, beispielsweise Kostenschätzungen und kritische Rückfragen, lösten an der rbb-Spitze in der Vergangenheit kein Umdenken aus. Wer konkret welche Verantwortung trägt, werden die laufenden Untersuchungen zeigen.

Der rbb geht jetzt auf alle Partner im Bauvorhaben zu, prüft mögliche Regressansprüche und klärt die Bedingungen für das Ende des Gesamtprojekts.

Der Verwaltungsrat hat uns beauftragt, eine Zukunftsperspektive zu entwickeln, die auf dem künftigen Bedarf von Programm und

Produktion aufbaut. Und: wir werden uns jetzt genau die Zeit nehmen, erst sorgfältig zu definieren, wie wir künftig arbeiten wollen und was sich daraus an Anforderungen für unsere Flächen ableiten lässt.

Noch ein Wort zum Zusammenhang zwischen DMH und CNC:

Das Bauprojekt Digitales Medienhaus ist beendet, und das ist gut so. Das bedeutet aber nicht, dass die Fragen zu Arbeitsprozessen, die damit verknüpft waren, obsolet geworden wären, ganz im Gegenteil. Wie wir in der Aktualität klug crossmedial zusammenarbeiten, Synergien heben, um neue Ausspielwege zu bedienen, uns vernetzen, um besser zu werden: Das wird uns weiter beschäftigen, und auf diese zentralen Zukunftsfragen werden wir Antworten entwickeln - hierfür ist das CNC ins Leben gerufen worden.

Sie werden es mitbekommen haben, zumindest wenn sie heute die Programme des RBB eingeschaltet oder geklickt haben: heute war der deutschlandweite „Warntag“. Ein Paradebeispiel, was das CNC über alle Ausspielwege hinweg leistet.

WIR haben jedenfalls ALLES und auf Allen Ausspielwegen berichtet, um die Menschen auf den „Warntag“ hinzuweisen. Die Bilanz unseres Chefredakteurs David Biesinger fiel heute auch dementsprechend positiv aus. Im Haus sei alles sehr gut gelaufen, die Menschen in Berlin und Brandenburg hätten sich auf ihren rbb verlassen können.

Zu 6. Stand des Zukunftsprozesses

Der rbb-Zukunftsprozess, also der Prozess, in dem wir die Themen bearbeiten, die aus Sicht der **Belegschaft** für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die wichtigsten sind, ist angelaufen.

Diesen Prozess gestalten wir gemeinsam mit allen Personalvertretungen - also dem Personalrat, der Freienvertretung, dem Redaktionsausschuss, der Jugend- und Auszubildendenvertretung, den Vertrauensleuten der Schwerbehinderten sowie der Frauenvertretung.

Wir haben im Intranet die Beschäftigten votieren lassen, welche drei Themen wir zuerst angehen wollen, um im rbb wieder zu einem besseren Miteinander zu kommen und die Krise zu bewältigen. 867 haben an dem Voting teilgenommen.

Das Ergebnis der Abstimmung via Online-Tool im Intranet hat ergeben:

„Transparenz und Partizipation“ ist das Thema, das der Belegschaft am meisten unter den Nägeln brennt, gefolgt von der **„Lage der Freien“** sowie Fragen der **„Führung“**.

Entsprechend dieser drei Themen haben wir Gruppen gebildet, die Maßnahmen zu diesen Fragestellungen entwickeln. Der Aufruf zur Teilnahme läuft aktuell und stößt ebenfalls auf ein breites Echo. Ausschlaggebend für die Besetzung der Themengruppen sind die vielfältigen Perspektiven, aber auch die Expertise, die die Teilnehmenden einbringen können.

Die Resonanzgruppe mit der die Überlegungen im ständigen Austausch rückgekoppelt werden sollen, steht ebenfalls. Mehr als 300 Kollegen haben ihr Interesse signalisiert, sich dort zu engagieren. Per Online-Zufallsgenerator wurden 30 von ihnen ausgewählt, die gemeinsam einen guten Querschnitt des rbb abbilden.

Ich freue mich sehr über die Motivation in der Belegschaft, sich konstruktiv in den Zukunftsprozess des rbb einzubringen. Und ich bin zuversichtlich: Wenn wir alle mithelfen - und nicht nur zuschauen - werden viele der Beschäftigten sagen können: Ja, ich merke ganz direkt bei mir und ganz konkret in meinem Arbeitsumfeld, dass sich etwas zum Besseren entwickelt hat.

Nun noch, wie immer, einige programmliche Neuigkeiten und Informationen:

Richtig gut kam der **Biathlon-Weltcup in Kontiolahti / Finnland** bei unserem Publikum an - mit tollen Quoten in der ARD bei den Live-Übertragungen für die Kolleginnen und Kollegen vom RBB:

Allein die Übertragung der 4x 6 km Staffel der Frauen erreichte die Traumquote von **25,1 % Marktanteil im linearen Programm**. Das waren **2,31 Millionen Menschen** vor dem Fernseher.

Am Samstag, den 03.12.2022 beim Sprint der Männer hatten wir sogar einen **Marktanteil von 28,0%** mit **2,04 Millionen Zuschauern**. Alle Biathlon Weltcups werden, wenn sie in der ARD übertragen werden, auch in der Mediathek und bei Sportschau.de gestreamt. Sie bedienen, so das lineare erste Programm und zwei BIG 5 und haben, egal ob linear oder in der Mediathek überdurchschnittlichen Erfolg. Insgesamt verantwortet der rbb das Biathlon multimedial - Radio und digital (Instagram etc.) gehören auch dazu.

Ich bleibe beim Aktuellen:

Durch das Urteil des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin vom 16. November 2022 muss die **Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin** und zu den Bezirksverordnetenversammlungen vom 26. September 2021 wiederholt werden.

Wir haben dieses Urteil auf allen Ausspielwegen breit begleitet und eingeordnet - und dabei etwas Neues ausprobiert:

Mit zwei Social Lives haben wir einen besonderen Fokus auf das Non-Lineare gelegt, haben auf Facebook, YouTube und natürlich auf rbb24 berichtet.

Wir erreichen auf diesem Wege andere Menschen als über die anderen Ausspielwege, wir lernen hier immer mehr dazu.

Der neue Wahltermin wurde auf den **12. Februar 2023** festgelegt.

Für die **Fernseh-Wahlendung** werden wir an diesem Abend im Abgeordnetenhaus nur noch **ein** Set aufbauen. Nicht mehr wie bisher üblich zwei Sets für das Erste und das rbb-Fernsehen.

Programmlich bedeutet das, dass es bis 19:15 Uhr **keine eigene** Wahlendung im rbb-FS gibt, sondern dass hier die Berlin-Wahlendung aus dem Ersten durchgeschaltet wird. Nach Ende der Wahlendung im Ersten senden wir dann aber im Dritten weiter.

Diese Lösung ist aus drei Gründen sinnvoll:

- Wir setzen unsere Ressourcen effizient ein. Wir nutzen die in der linearen Übertragung eingesparten Ressourcen für Social Lives

am Wahlabend, um so neue Zielgruppen zu erschließen. Wie vorhin anlässlich unserer Berichterstattung zur Entscheidung des Landesverfassungsgerichts zusammengefasst, haben wir damit im November gute Erfahrungen gemacht und gute Ergebnisse erzielt. Rund 30.000 Abrufe ohne große Bewerbung.

- Die Wahlsendungen im Ersten und im Dritten haben sehr ähnliche Zielgruppen und die Sendung im Ersten wird von Sascha Hingst, unserem rbb24 Abendschau-Gesicht moderiert. Das wäre für unsere Zuschauer eine bekannte Persönlichkeit. Jörg Schönenborn präsentiert wie gewohnt die Zahlen.
- A 19:15 h senden wir im rbb Fernsehen dann weiter eine eigene Sendung für die Region und senden bis nach Mitternacht monothematisch weiter.

Nun noch ein kurzer Rückblick:

"Alice" war unser von der Presse viel beachtetes Spielfilm-Highlight im November im Ersten. Aus Anlass des 80. Geburtstags der bekannten Feministin Alice Schwarzer produzierte der rbb einen biografischen TV-Zweiteiler. Neben journalistischem Lob konnten sich auch die Zahlen sehen lassen. Die beiden Filme liefen sehr solide, mit 12,3 % im Schnitt (was übrigens um 20:15h ARD-Schnitt ist, der liegt bei 12,2%). Das bedeutet: 8,8 Millionen Menschen haben den Zweiteiler gesehen, die ARD-Mediathek verzeichnet bisher 2,6 Millionen Zugriffe.

-

Ebenfalls stark läuft unsere neue Doku-Serie **„100 % Berlin“**. Den Auftakt bildeten am 20. Oktober 2022 um 20.15 und um 21:00 Uhr im rbb Fernsehen die Folgen über „Zollkontrollen“, die letzten Folgen rund um das Thema Geburt, mit dem Titel „Countdown ins Leben“ wurden am 10. November ausgestrahlt.

Ein Vorzeigeprodukt für das, was regionales Fernsehen ausmacht. Wie der gleichnamige Podcast unserer Landeswelle rbb 88.8, blickt die Doku-Serie hinter die Kulissen Berlins. In insgesamt acht Folgen war "100% Berlin" unterwegs mit Menschen, die die Stadt am Laufen halten, jeden Tag, rund um die Uhr.

Alle Folgen gibt es natürlich in der rbb- und ARD-Mediathek.

100 % spannende Geschichten aus der Region unserer Hauptstadt. Das Konzept kommt an: Bei den ersten beiden Folgen wurden in der Prime Time im rbb Fernsehen 6,3 % - deutlich über Senderdurchschnitt erreicht - d.h. rund 730.000 Menschen aus Berlin und Brandenburg.

Ein echter **Off-Air** Erfolg bei uns im rbb war am 15. November der **ARD-Jugendmedientag 2022**.

Über 140 Live-Veranstaltungen der ARD-weiten Veranstaltung waren gut besucht.

Es fanden viele Workshops sowohl bei uns im Haus als auch vor Ort an Schulen statt.

Hier ein kurzer Überblick: ARD-weit über 150 Workshops (Mischung aus digital, in der Schule oder im Sender)

- rbb mit **19 Angeboten** dabei, vier davon aus unserer Contentbox (drei von FRITZ, Safe space)
- darüber hinaus war Saphira Siegesmund von Safe space Gast in den Streams auf YT
- hervorheben kannst du den Workshop von Philipp Boerger (Fritz) im Radiohaus, eine 8. Klasse aus Berlin-Dahlem

Thema: Informationsflut ... Wie ordne ich Nachrichten richtig ein? Mit Recherche, praktischen Beispielen, Nachrichten sprechen usw. Längster Workshop des Tages mit 6 Stunden!!!!

Rbb-Mitarbeiter waren beteiligt, wie Cathrin Bonhoff von der „Abendschau“ oder Andrea Mocellin vom Qualitätsmanagement.

Das Interesse der Schüler an unseren digitalen Angeboten war sehr groß. Ungebrochen war zudem die Neugier auf uns als Medienunternehmen.

Zur **ARD-Themenwoche** „*WIR gesucht. Was hält uns zusammen?*“ ließ der rbb im Ersten „nuhr zur Themenwoche“ wieder den satirischen Blick auf das Thema werfen. Wir lieferten zudem täglich Beiträge in Hörfunk, Fernsehen und Web über Projekte/Menschen, die sich dem WIR in der Gesellschaft verschrieben haben.

Kurze Schlussbemerkungen zum Programmteil: Der Dezember 2022 wird für einige bekannte Fernsehgesichter der letzte Einsatz für den rbb sein:

Denn dann heißt: „do zobaczenia“ (Sprich: **Do sobatschennja**) - mach's gut! Adam Raczek. Mit dem "Polizeiruf 110: Abgrund" verabschiedet sich Schauspieler **Lucas Gregorowicz** auf eigenen Wunsch aus der Filmreihe.

Der Film "**Krauses Weihnacht**" schließt die bekannte "Krause"-Reihe, er läuft am Freitag, den 16. Dezember in der ARD. Seit dem ersten Film 2007 sind neun Episoden rund um den ehemaligen Dorfpolizisten Horst Krause entstanden.

Im November machte das **Riverboat ein letztes Mal in Berlin** fest. Nach dem Ausscheiden von Sebastian Fitzek als Co-Moderator von Kim Fisher konnten wir eine Reihe Prominenter als Gastmoderatoren gewinnen - allen voran Dieter Hallervorden. Am 18. November hieß es für Matze Knop an der Seite von Kim Fisher „Ahoi Berlin und Danke rbb!“

(Für etwaige Nachfragen von „Tatort“-Fans im RR: Einen Neuanfang wagt dafür Robert Karow, alias Mark Waschke, im Berliner Tatort. Nach dem Tod seiner Kollegin Nina Rubin ermittelt er in der nächste Folge solo, bevor er im nächsten Jahr mit Corinna Harfouch wieder Verstärkung bekommt. Gerne wird der Sendetermin in der nächsten Sitzung nachgeliefert.)

Noch ein Wort zu dem Abschied von „**Chez Krömer**“ - über den Sie bestimmt aus den Medien erfahren haben.

Die rbb-Show endet nach sieben Staffeln und 41 Folgen. Erlauben Sie mir an dieser Stelle Kurt Krömer zu zitieren:

"Es ist für mich an der Zeit für neue künstlerische Abenteuer. Mir war klar, dass 'Chez Krömer' kein Format ist, das ewig laufen wird. Dass es

am Ende dann doch 41 Folgen geworden sind, hat mich selbst überrascht. Mein Bedarf an Arschlöchern ist damit gedeckt."

Die Beziehung zwischen dem rbb und Kurt Krömer ist auch abseits der vier Verhörwände geklärt - sie sind und bleiben Freunde. Seit dem Start im September 2019 hat die rbb-Show aufgewühlt, unterhalten, polarisiert. 2020 gab es den ersten Grimme-Preis, 2022 erhielten Torsten Sträter und Kurt Krömer jeweils einen Grimme-Preis für ihr Gespräch bei "Chez Krömer" über Depressionen.

Die aktuelle Folge mit Comedian Faisal Kawusi vom 6. Dezember war die letzte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich bitte nun Herrn Kerkhoff mit dem Bericht über den Kassensturz fortzufahren.

8. DEZEMBER 2022

129. SITZUNG DES RUNDFUNKRATES

TOP XX KASSENSTURZ UND AKTUELLE SITUATION

LIQUIDITÄT BIS 2024 BZW. 2028

Analyse und Kassensturz

Das Kosten-Niveau des rbb steht nicht im Verhältnis zur Ertragssituation und muss deutlich abgesenkt werden.

Warum ist das so?

Der rbb profitiert von der Beitragsumstellung

2013-2016



2017-2020

Höhere Etats finanziert durch Rücklage

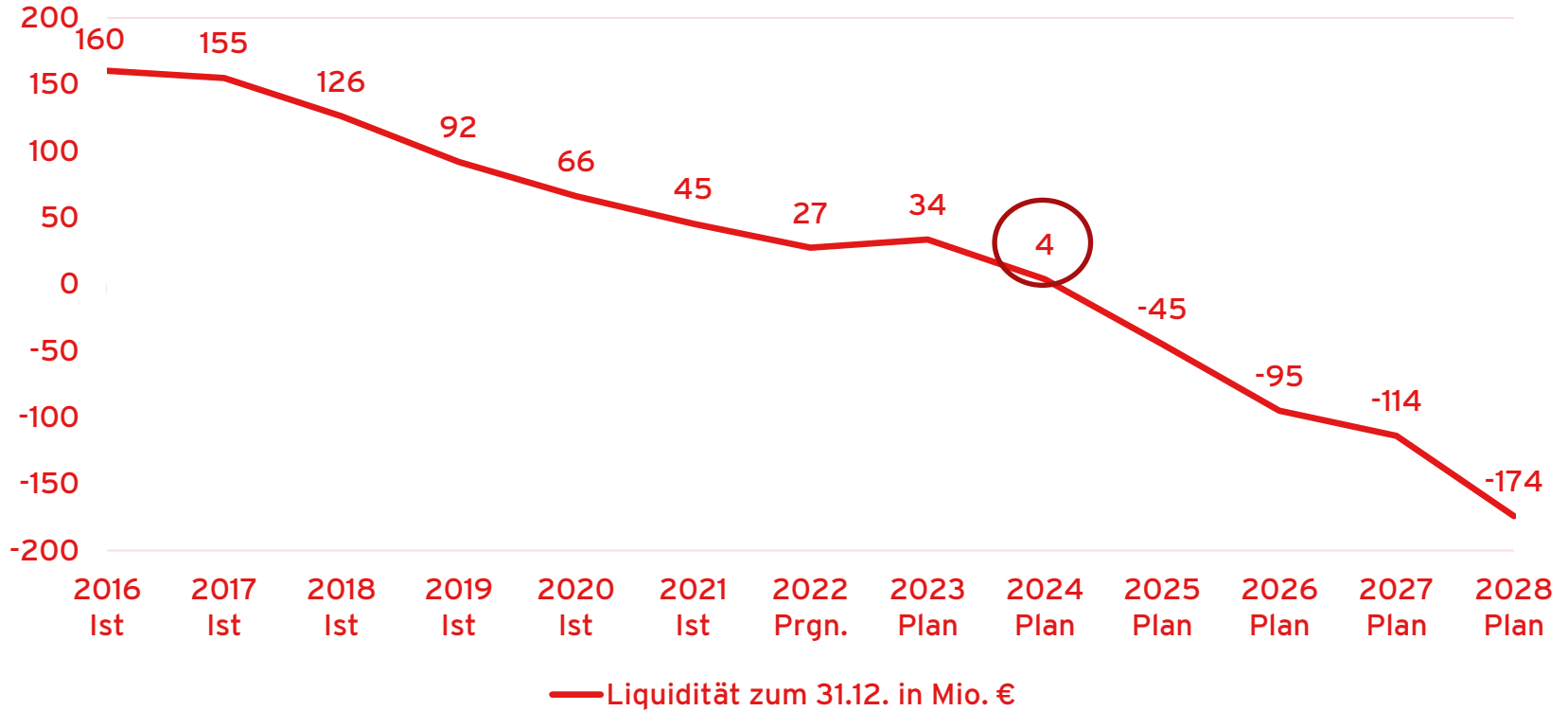
2021-2024

Höhere Erträge und Verbrauch von Reserven kompensieren die erhöhten Etats teilweise

Kostenstruktur weiterhin zu hoch - keine Kompensation

2025-2028

Liquiditätsentwicklung des rbb



Mehrbedarfe in 2017 bis 2024 in Mio. €



Mehrbedarfe in 2017 bis 2024 in Mio. €



Öffentlichkeitsarbeit
und Marketing

4,4



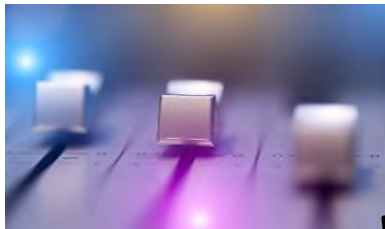
HA GM (Energie, ext.
Dienstleister etc.)

18,1



bbp Prämien

57,4



IT, Digitalisierung,
Sendesicherheit etc.

6,4



ARD-Vorsitz

7,6



Sonstiges

37,4

Umgang mit Beitragsmehrerträgen

KEF-Forderung - Beitragsmehrerträge

Höhere Beitragserträge in 2021 bis 2024 sollen für 2025 bis 2028 zurückgelegt werden.

Zuzugs-Effekt

Ein Teil der Mehrerträge ist durch den Zuzug ins Sendegebiet begründet und muss verwendet werden.

Einsparziel

Einsparungen in 2023 und 2024 erforderlich um KEF-Forderung nachzukommen.

in Mio. €

73

—

28

==

45

—

4

==

41

Beitragsmehrerträge

Zuzugs-Effekt

Einsparziel

aktuelle Liquidität

Einsparvorgabe bis 2024

Status quo vs. KEF-Vorgabe

in Mio. €	Ist 2016	Ist 2017 - 2020	Ist 2021	Prgn. 2022	Plan 2023	MifriFi 2024	MifriFi 2025 - 2028
Liquidität zum 31.12.	160,2	66,0	45,4	27,4	33,6	3,8	-174,2

Einsparvorgabe	13,7	27,6	103,2
----------------	------	------	-------

in Mio. €	Ist 2016	Ist 2017 - 2020	Ist 2021	Prgn. 2022	Plan 2023	MifriFi 2024	MifriFi 2025 - 2028
Liquidität zum 31.12.	160,2	66,0	45,4	27,4	47,2	45,0	-29,7

Auswirkungen der Einsparvorgaben

Übergreifende Maßnahmen - kurzfristiges Einsparziel	Status Quo	2023	2024
Verhängung temporärer Besetzungs-Stopp		0,6	2,9
Planmittelumsetzung Personal		1,4	1,4
verbleibendes Einsparziel in Mio. €	0	11,7	23,3
Etatverantwortung der Bereiche in Mio. €	Planansatz 2023	Einsparung	Einsparung
Gremien, Intendanz, Interessensvertretungen	5,4	0,3	0,7
Juristische Direktion	0,0	0,0	0,0
Programmdirektion	122,1	7,6	15,3
Produktions- und Betriebsdirektion (ohne Verbreitungskosten)	18,3	1,2	2,3
Verwaltungsdirektion	23,7	1,5	2,9
Investitionen	17,0	1,1	2,1
Summe	186,5	11,7	23,3



6,3 % je
Etat

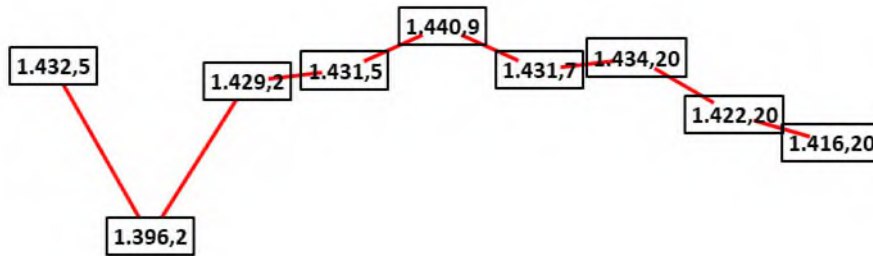


12,7 % je
Etat

VIELEN DANK!

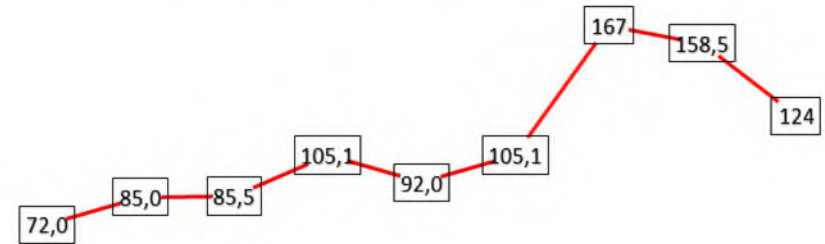
ENTWICKLUNG DER BESETZTEN STELLEN 2016-2024

BESETZTE STELLEN LT. STELLENPLAN



Ist 2016	Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
1.432,5	1.396,2	1.429,2	1.431,5	1.440,9	1.431,7	1.434,20	1.422,20	1.416,20

BESETZTE "SONSTIGE STELLEN"



Ist 2016	Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
72,0	85,0	85,5	105,1	92,0	105,1	167	158,5	124

- Stichtagsbetrachtung zum jeweils 31.12.
- Abbildung in Mitarbeiterkapazität(Ermittlung über Beschäftigungsgrad)
- Quelle: Anmeldung zum 24. KEF-Bericht- Gesamtdarstellung Personal

Sitzung des Rundfunkrates am 8. Dezember 2022 (Fassung: 7.12.2022, 12: 50)

TOP 5.1 Haushaltsrede der Intendantin

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2022 war in jeder Hinsicht ein besonderes für den rbb.

Von der Höhe des ARD-Vorsitzes - erstmalig in der Geschichte des rbb - mit dem Willen, die ARD zu reformieren, bis in die in tiefste Senderkrise, die schließlich den gesamten Verbund ergriff.

Nun ist der Veränderungsdruck hoch und die Prämisse, ihm zu entsprechen, heißt: wirtschaftliche Klarheit.

Direkt nach meiner Wahl zur Intendantin des rbb habe ich einen „Kassensturz“ angekündigt. Im November konnte ich ihn vorlegen.

Wir mussten feststellen, dass der rbb in den vergangenen Jahren über seine Verhältnisse gewirtschaftet hat. Bis Ende 2024 müssen wir Rücklagen in Höhe von 45 Mio. Euro bilden, um die Mehrerträge, wie von der KEF erwartet, zurückzulegen. Die frühere Geschäftsführung des rbb hatte die Mehrerträge in den laufenden Haushalt einfließen lassen. Das müssen wir rückgängig machen. Tatsächlich sprechen wir, bezogen auf das Gesamtbudget bis 2024, von rund 5 %.

Parallel kämpfen wir mit hohen Inflationsraten, können nicht davon ausgehen, dass die nächste Beitragserhöhung automatisch kommt, und müssen die digitale Transformation weiter voranbringen.

Smartes Produzieren, crossmediales Arbeiten - um unsere Angebote zeitgemäß auf unterschiedlichen Kanälen zu verbreiten, sei der Bau des Digitalen Medienhauses (DMH) erforderlich. So lautete das Credo vor meiner Zeit.

Auf meine Empfehlung hin hat der Verwaltungsrat auf seiner Sitzung am 1. Dezember 2022 das Projekt Digitales Medienhaus beendet. Knapp **18 Mio. €** sind

damit verloren. Viel Geld, einerseits. Andererseits: **Auf 311 Mio. €** hätten sich die Kosten des Projekts am Ende summiert. Geld, das der rbb nicht hatte und auch nicht hätte aufbringen können, ohne über Jahrzehnte Kredite zu tilgen.

Wir müssen jetzt neu planen, wie viel Fläche wir künftig brauchen und wie wir sie nutzen. Die Erfahrungen mit mobilem Arbeiten sind heute andere als vor der Pandemie. Zu welchen Ergebnissen wir bei diesen Planungen kommen, wissen wir noch nicht.

Fakt ist: Wir können nicht mehr Geld ausgeben als wir einnehmen. Daher nun zu den finanziellen Eckdaten des **Wirtschaftsplans 2023**. Herr Kerkhoff wird im Anschluss ausführlicher auf die einzelnen Zahlen eingehen.

Was bedeuten unsere Ziele für das Planjahr 2023?

Das Erreichen des angesprochenen Liquiditätsziels von **45 Mio. €** hat Auswirkungen auf die Wirtschaftsplanung 2023 und das letzte Jahr der laufenden Beitragsperiode 2024. In den kommenden zwei Jahren müssen **41 Mio. €** eingespart werden. Ein Drittel davon soll im Jahr 2023 gehoben werden. Im Wirtschaftsplan 2023 hat der rbb daher im Erfolgsplan **12,6 Mio. €** und im Investitionsplan **1,1 Mio. €** gesperrt. Die Sperrvolumina sollen bis Anfang 2023 in direktionsübergreifender Zusammenarbeit mit konkreten Maßnahmen hinterlegt werden.

hat gelöscht:

Der rbb rechnet im kommenden Jahr mit Erträgen von **538,8 Mio. €** und Aufwendungen von **563,4 Mio. €**. Für das vorletzte Jahr der laufenden Beitragsperiode ergibt das einen Fehlbetrag von **24,7 Mio. €**. Durch die im Wirtschaftsplan 2023 festgelegten Sperrungen verbessert sich das zu erwartende Ergebnis im Erfolgsplan um **12,6 Mio. €** auf einen Jahresfehlbetrag von **12,1 Mio. €**. In der Ertragsplanung ist ein monatlicher Rundfunkbetrag von 18,36 € enthalten.

Im Wirtschaftsplanjahr bleibt die Liquidität des rbb gesichert. Diese beträgt **33,6 Mio. €** bzw. unter Berücksichtigung der Mittelsperren **47,2 Mio. €**.

Ungeachtet der Mittelsperren sinkt das Aufwandsniveau im Wirtschaftsplanjahr 2023 gegenüber dem Vorjahr. Da das kommende Jahr ein Jahr ohne Sport-Großveranstaltungen ist, sind Reduktionen von rund **9 Mio. €** allein darauf zurückzuführen. Gegenläufig wirken unter anderem die angenommenen Tarifsteigerungen im Personal- und Honorarbereich sowie der Anstieg der Energiekosten.

In der Wirtschaftsplanung ist als Prämisse unterstellt, dass das Großprojekt Digitales Medienhaus (DMH) gestoppt wird. Das erklärt die Absenkung des Investitionsetats.

(Kurzpräsentation zum WP 2023 durch CK)

Der Verwaltungsrat hat sich außerdem regelhaft eingehend mit den Wirtschaftsplänen 2023 der ARD- Gemeinschaftseinrichtungen beschäftigt, für die der rbb die Federführung innehat:

mit dem ARD Play-Out-Center

dem ARD-Hauptstadtstudio

dem ARD Text

dem ARD-Generalsekretariat und

den Einrichtungen in den Bundesbauten.

Bestandteil der Befassungen war auch der Wirtschaftsplan 2023 der Kooperationsgemeinschaft IVZ.

Die IFA war nicht Bestandteil der Befassungen, weil diese weiterhin dem pauschalierten Verfahren unterliegt und somit kein dezidierter Wirtschaftsplan vorzulegen war.

Im rbb werden wir ab sofort für alle freiwerdenden Stellen einen Stellenbesetzungsstopp verhängen. Nachbesetzen werden wir nur im Einzelfall und auch dann erst nach strenger Prüfung. Wir müssen so vorgehen, um uns den Handlungsspielraum, den wir noch haben, zu sichern.

Parallel arbeiten wir gemeinsam an einer strategischen Weichenstellung, um diese „Rasenmäher-Methode“ durch andere klare Kriterien zu ersetzen, die uns helfen, die 45 Mio. Euro Ende 2024 auch vorweisen zu können.

Dabei werden wir alle uns zur Verfügung stehende Möglichkeiten prüfen und ausschöpfen. Das können Nachverhandlungen von Verträgen sein, KEF und ARD-Gespräche, aber eben auch programmliche Veränderungen.

Eines ist dabei schon jetzt vollkommen klar: Es wird – das können und wollen wir auch zusagen – keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

Auf Veranlassung der Führungskräfte ist eine “Ad-hoc Taskforce zum Thema Stellenbesetzungsstopp“ ins Leben gerufen worden. Nicolas Bielefeld für die Verwaltungsdirektion/Personalabteilung leitet sie. Weitere Teilnehmer sind Andreas Wertz für die Programmdirektion
Henriette Schwarze für die Produktions- und Betriebsdirektion
Anja Mellage für die Intendanz

Am vergangenen Montag, den 5. Dezember 2022, ist diese Taskforce zum ersten Mal zusammengekommen. Die Aufgabe der Taskforce ist es, auf der einen Seite im operativen Geschäft zwingend erforderliche Stellenbesetzungen zu ermöglichen und auf der anderen Seite soziale Härten zu adressieren – und gleichzeitig einen finanziell größtmöglichen Handlungsspielraum offen zu halten, um das Einsparziel zu erreichen. Zu klären sein werden zudem Prozessfragen z. B. wie wir mit bereits laufenden aktuellen Stellenbesetzungsverfahren umgehen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die notwendigen Einsparmaßnahmen im rbb sind uns mittlerweile allen bewusst.

Im vorgelegten Wirtschaftsplan haben wir die notwendigen Effekte 2023 mit der „Rasenmäher-Methode“ vollzogen, d.h. proportional gekürzt.

Wichtig ist es nun die strukturelle und strategische Weichenstellung zu vollziehen. D.h. mit den verantwortlichen Führungskräften konkrete Sparmaßnahmen zu überlegen.

Dafür haben wir einen strukturierten Prozess auf den Weg gebracht, der auch die Interessenvertretungen involviert.

Für die Sicherung des Wirtschaftsplans 2023 können wir so lange nicht tatenlos bleiben. Deswegen haben wir AdHoc Maßnahmen initiiert, um den vorgelegten Plan zu halten und uns Handlungsspielräume nicht zu verbauen. Diese umfassen z.B. einen Stellenbesetzungsstopp, der über die Taskforce Nachbesetzungen detailliert geprüft wird.

Nun bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Vorsitzender Roggenbuck, sehr geehrte Mitglieder des Rundfunkrats, den Wirtschaftsplan des rbb für das Jahr 2023 festzustellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

8. DEZEMBER 2022

129. SITZUNG DES RUNDFUNKRATS

TOP 5.2 WIRTSCHAFTSPLAN 2023



**WIRTSCHAFTSPLAN
2023**

rbb

**PLANUNGSGRUNDLAGEN
WIRTSCHAFTSPLAN 2023**

PLANUNGSGRUNDLAGEN




Ausgangspunkt

- MifriFi gem. VRV 51 / 2021
- Jahresabschluss 2021 & Prognose 2022
- Ergebnisse GL-Klausur März 2022
- Ergebnisse Eckwertklausuren (28. Juni & 29. August 2022)
- Einhaltung KEF-Vorgabe (Rücklagenbildung für Beitragsmehrerträge)


Rundfunkbeitrag

- Rundfunkbeiträge gem. ZBS-Planung (März 2022)
- Basis 18,36 €
- mögliche Auswirkungen Ukraine-Krieg sind nicht berücksichtigt

Steigerungen

- Nullrunden Sach- und Programmaufwand
- Bereichszusatzbedarfe bedarfsorientiert berücksichtigt 
- Honoraraufwand 2,25 %
- Kompensation Tarifsteigerungen zu 50 % aus Bereichsetats (Ausnahme Programmdirektion)
- Honorarnebenkostensatz 36 %

Einsparungen

- Einsparungen aus FSK* 2017 bis 2021
- ARD-Strukturprojekte  (4,7 Mio. €)

Personaletat

- Steigerung 2,25 %
- Planstellenausfinanzierung 96 %
- weiterhin niedriges Zinsniveau beeinflusst Rückstellungsbildung Altersversorgung

Sonstiges

- Stop Projekt DMH
- Beitragsschlüssel 2021: ca. 7,39 %
- Fernsehvertragsschlüssel: 7,10 %

* FSK = Finanzstrategische Klausur

PLANUNGSGRUNDLAGEN WIRTSCHAFTSPLAN 2023

The image shows the cover of a spiral-bound notebook. The cover is red and features the text 'WIRTSCHAFTSPLAN 2023' in white, bold, uppercase letters. The spiral binding is visible on the left side.

WIRTSCHAFTSPLAN
2023

WIRTSCHAFTSPLAN 2023 - ERFOLGSPLAN ÜBERSICHT



Erfolgsplan in T€	Soll 2022	Prognose 2022	Plan 2023	Δ Plan 2023 / Soll 2022
Erträge aus Rundfunkbeiträgen	419.040	435.530	464.294	45.254
Sonstige Erträge	74.798	84.403	74.484	-314
Erträge	493.838	519.933	538.778	44.940
Personalaufwendungen	198.794	199.278	196.015	2.779
Sachaufwendungen	300.364	304.053	299.649	715
Übrige Aufwendungen	68.247	60.322	67.774	473
Aufwendungen	567.405	563.654	563.438	3.967
Ergebnis (vor Berücksichtigung Mittelsperren)	-73.567	-43.721	-24.660	48.907
Mittelsperren Erfolgsplan			-12.592	12.592
Ergebnis (nach Berücksichtigung Mittelsperren)	-73.567	-43.721	-12.068	61.499
BilMoG-Rechnungszinsänderung	31.470	30.478	27.473	-3.997
Gewinnrücklage: Zuführung (-)/Entnahme (+)	332	332	0	-332
Operatives Ergebnis (vor Berücksichtigung Mittelsperren)	-41.765	-12.911	2.813	44.578
Operatives Ergebnis (nach Berücksichtigung Mittelsperren)	-41.765	-12.911	15.405	57.170

- » wesentliche Veränderungen ggü. 2022
- » Zuordnung pauschaler Einsparungen

WIRTSCHAFTSPLAN 2023 - FINANZPLAN ÜBERSICHT



Finanzplan in T€	Ist 2021	Prognose 2022	Plan 2023
Mittelaufbringung	89.275	82.333	65.808
Fehlbetrag Erfolgsplan	68.419	43.721	24.660
Mittelsperren Erfolgsplan			-12.592
Investitionen	23.575	31.283	21.059
Mittelsperren Investitionen			-1.060
Übrige Mittelverwendung	43.228	7.447	13.105
Mittelverwendung	135.222	82.451	45.172
Abnahme (-)/Zunahme (+) der liquiden Mittel	-45.947	-118	20.636
verfügbare Finanzmittel	45.417	27.420	47.206

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



BACK UP

WIRTSCHAFTSPLAN 2023 - ERFOLGSPLAN VERÄNDERUNGEN

ERFOLGSPLAN

Erfolgsplan in T€	Soll 2022	Veränderung	Plan 2023
Erträge	493.838	44.940	538.778
Aufwendungen	567.405	3.967	563.438
Ergebnis (vor Berücksichtigung Mittelsperren)	-73.567	48.907	-24.660
Mittelsperren Erfolgsplan		12.592	-12.592
Ergebnis (nach Berücksichtigung Mittelsperren)	-73.567	61.499	-12.068



Beitragserträge (Veränderung ggü. 2022 45,3 Mio. €)

- ZBS-Planung (März 2022) Beitrag 18,36 €
- interne Zuschätzung 3 Mio. €



Personalaufwand (Veränderung ggü. 2022 2,8 Mio. € ohne Mittelsperre)

- Erhöhung Vergütungen + soz. Aufwendungen -2,1 Mio. € (i. W. Tariferhöhung, Einsparungen ARD-Strukturprojekte, Abbau jeder 5. Ruhestand, Wegfall ARD-Vorsitz)
- Altersversorgung 4,9 Mio. €
- **Mittelsperre 0,6 Mio. €**



Sachaufwand + Übriger Aufwand (Veränderung ggü. 2022 1,2 Mio. € ohne Mittelsperre)

- GSEA 4,8 Mio. € (i. W. 2023 kein Sportjahr)
- Wegfall ARD-Vorsitz 2,6 Mio. €
- Wegfall Kreditaufwand DMH 1,4 Mio. €
- Honorare -3,5 Mio. € (Tariferhöhung + Anstieg HNK)
- Energiekosten -1,3 Mio. €
- Verfügungsmittel Intendanz -2,5 Mio. € (Risikoposten Personal)
- **Mittelsperre 12 Mio. €**

ZUSATZBEDARFE DER BEREICHE WP 2023



VD

Verwaltungsdirektion (2,5 Mio. €)

Energie, Tarifsteigerungen VT + Bau	2,4 Mio. €
Mietkosten Ausweichquartier ICC	0,9 Mio. €
vorzeitige Flächenabmietung	-1,2 Mio. €
sonstiger Minderbedarf HA GM	-0,5 Mio. €
Mehraufwand HA Personal	0,9 Mio. €

PD

Programmdirektion (1,1 Mio. €)

Teilerlass Einsparvorgabe (Honorare)	1,1 Mio. €
--------------------------------------	------------

I

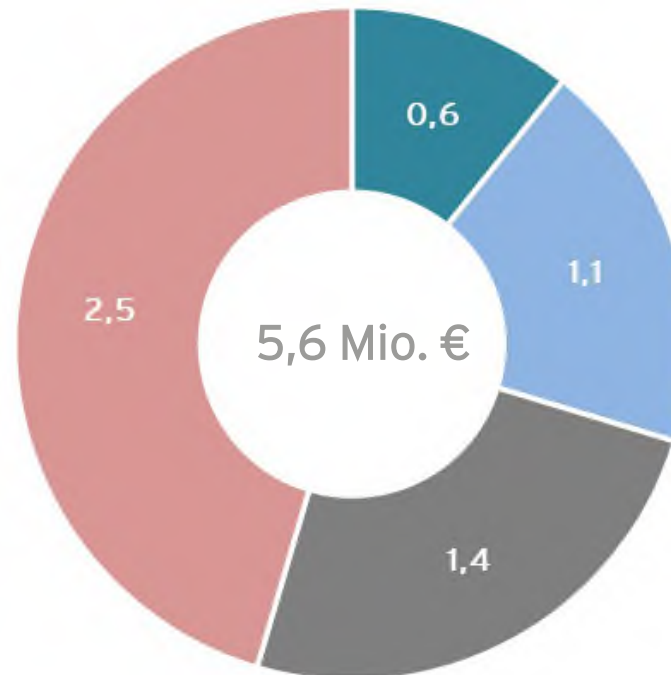
Intendanz (0,6 Mio. €)

Gesellschafterzuschuss ems	0,5 Mio. €
Standmiete re:publica	0,1 Mio. €

PuBD

Produktions- und Betriebs- direktion (1,4 Mio. €)

ARD-Kooperationen (z. B. SIEM SOC)	0,5 Mio. €
Folgekosten aus Investprojekten	0,3 Mio. €
rbb-Projekte	0,4 Mio. €
IVZ	0,9 Mio. €
sonstiger Minderbedarf	-0,7 Mio. €



EINSPAREFFEKTE AUS ARD-STRUKTURPROJEKTEN



<u>Bereich</u>	<u>WP 2023</u>
Personalaufwand	1.279
Gremien, Intendanz, Interessenvertretung	21
Juristische Direktion	77
Programmdirektion	1.421
Produktions- und Betriebsdirektion	571
Verwaltung	92
Programmverbreitung IT-Strategie (Hybnet III)	420
SAP Prozessharmonisierung (kompensatorisch in den übrigen Aufwendungen)	527
GSEA	322
Einsparvolumen	4.730
Übererfüllung	34
Einsparvolumen (Vorgabe)	4.696

WIRTSCHAFTSPLAN 2023 - ETATS NACH MITTELSPERREN UND ZUORDNUNG EINSPARUNGEN TECHN. MIFRIFI



- im Rahmen der Kassensturz Aktivitäten wurden die in den übrigen Aufwendungen geplanten pauschalen Plananpassungen von 3,9 Mio. € den Direktionen zugeordnet (keine zusätzlichen Sperren hierfür nötig, da nur Verschiebungen)
- die Direktionsetats verändern sich wie folgt (Darstellung ohne GSEA, Übertragungskosten):

Bereich	Etatverantw. 2023 (in T€)	Sperren 2023 (in T€)	Zuordg. Einsparungen techn. MifriFi (in T€)	Etatverantw. 2023 nach Sperren (in T€)
Personalaufwand (inkl. AV)	-196.015	580		-195.435
Übrige Aufwendungen	449.548	1.400	-3.950	446.998
Gremien, Intendanz, Interessenvertretungen	-5.384	337	600	-4.447
Juristische Direktion	20	-1	50	69
Programmdirektion*	-122.055	7.649	1.700	-112.706
Produktions- und Betriebsdirektion (ohne Übertragungskosten)	-18.253	1.144	500	-16.609
Verwaltungsdirektion	-23.657	1.483	1.100	-21.074
Σ Bereichsetat	-169.329	10.612	3.950	-154.767
Σ Investitionen (Regelinvestitionen)	-16.922	1.060		-15.862

* inkl. Berücksichtigung -1.300 T€ (Abbau Unterdeckung)



1. Regeletat 16.922 T€

Strategische Investitionsprojekte: Volumen 11.017 T€ (65 %)

- Erneuerung Rückkühlwerk (1. Bauabschnitt) 1.009 T€
- Nachhaltige Beleuchtungstechnik 590 T€
- Erneuerung Nieder- und Mittelspannungsschaltanlage HdR, inkl. Brandschutz 265 T€
- Erneuerung Nieder- und Mittelspannungsschaltanlage FSZ 841 T€
- Multimedialer Control Room 550 T€
- Erneuerung Datenbackbone 600 T€
- SAP S/4 HANA Lizenzen 279 T€
- weitere strategische Investitionsprojekte mit Volumen von insgesamt 6.883 T€

Bereichsbudget: Volumen 5.905 T€ (35 %)

2. außerhalb des Regeletats 4.137 T€

- CNC 1.0 137 T€ (Finanzierung aus Gebäuderücklage)
- Digitales Medienhaus 4.000 T€

GESAMTVOLUMEN INVESTITIONEN 21.059 T€